



# Integration und Vielfalt messen: Konzept für ein Frankfurter Monitoring

Rainer Ohliger  
Netzwerk Migration in Europa e.V.

im Auftrag des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten  
der Stadt Frankfurt am Main

## **Impressum**

### **Herausgeber:**

Magistrat der Stadt Frankfurt am Main  
Amt für multikulturelle Angelegenheiten

### **Autor:**

Rainer Ohliger  
Netzwerk Migration in Europa e.V.  
Limonenstr. 24  
12203 Berlin  
ohliger@network-migration.org  
www.network-migration.org

### **Druck und Verarbeitung:**

LAUCK - Druckprodukte & mehr  
Artelbrückstraße 7  
65439 Flörsheim am Main

### **Bestellungen an oder Selbstabholung bei:**

Amt für multikulturelle Angelegenheiten  
Lange Str. 25-27  
60311 Frankfurt am Main  
Tel. 069 / 212-301 52  
Fax 069 / 212-379 46  
E-Mail: publikation.amka@stadt-frankfurt.de  
Internet: www.amka.de

### **1. Auflage März 2009**

© Der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main

# **Integration und Vielfalt messen: Konzept für ein Frankfurter Monitoring**

*Rainer Ohliger*

*Netzwerk Migration in Europa e.V.*



## Inhaltsverzeichnis

Hauptteil A: Gutachtentext	
I. Einführung	3
II. Ausgangslage: Das Frankfurter Vorhaben im Kontext	4
III. Ziel und Reichweite des Integrationsmonitorings: Zwischen Informationsanalyse und Steuerungshinweis	6
IV. Vorgehensweise und Methode: Dialog, Partizipation und Rückkoppelung	8
V. Datenlage, Datenlücken und Definitionen	10
VI. Indikatorenset nach Themenfeldern	14
1. Recht	
2. Spracherwerb und Sprachbeherrschung	
3. (Aus-)Bildung, Erziehung und Schule	
4. Arbeit und Wirtschaft	
5. Räumliche Verteilung und Wohnsituation	
6. Transfereinkommen und soziale Sicherung	
7. Gesundheit und Gesundheitsvorsorge	
8. Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation	
9. Interkulturelle Öffnung und Vielfalt	
VII. Ergänzende Anmerkungen zu den Themenbereichen und zur Liste der Indikatoren	21
VIII. Handlungs- und Umsetzungsempfehlungen	23
IX. Daten- und Literaturliste	29
Hauptteil B: Detaillierte Erläuterung der einzelnen Indikatoren	31

# Hauptteil A: Gutachtentext

## I. Einführung

Zuwanderung und die Integration von Einwanderern sind in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren zu einem bedeutenden gesellschaftspolitischen Thema geworden. Spätestens mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern („Zuwanderungsgesetz“) 2004, das zum 1. Januar 2005 in Kraft trat, wurde auch offiziell anerkannt, dass Deutschland zu einem Einwanderungsland geworden ist. De facto war diese Tatsache allerdings schon mindestens 30 Jahre früher gegeben, als sich nach dem Zuwanderungsstopp des Jahres 1973 abzeichnete, dass die 1955 begonnene Arbeitsmigration sich verstetigt und zu einem dauerhaften Prozess der Einwanderung und der Konsolidierung von Einwanderer-*communities* geführt hatte. Die Anwerbung von „Gastarbeitern“ war ein erster bedeutender, aber nicht der einzige Schritt auf dem Weg zu einem Einwanderungsland. Die Zuwanderung von Aussiedlern (insbesondere seit den späten achtziger Jahren), die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern (insbesondere in den neunziger Jahren), aber auch die zunehmende Freizügigkeit und Mobilität innerhalb der Europäischen Union sowie der Wettbewerb um hoch qualifizierte Migranten haben zu dieser Entwicklung entscheidend beigetragen.

Die Tatsache lang anhaltender Einwanderung führte in Deutschland allerdings erst mit deutlicher Verspätung dazu, auch eine umfassende politische Debatte um die gesellschaftliche Partizipation und die Integration von Zuwanderern zu führen. Als gesamtgesellschaftliches Thema mit breiter öffentlicher Resonanz wurde es erst seit Ende der neunziger Jahre entdeckt, sodass wir heute eher am Anfang, denn am Ende dieser Diskussion stehen. Mit der zunehmenden Auseinandersetzung um die Integration von Zuwanderern auf den politischen Ebenen von Bund, Ländern und Gemeinden stehen auch die Ziele, die Richtung und das Ausmaß integrationspolitischer Maßnahmen und Vorhaben zur Debatte. In diesem Zusammenhang steht die Definition dessen, was Integration bedeutet, wie Konzepte entwickelt werden können und wie Integration abzubilden und zu messen ist ganz oben auf der politischen Agenda.

Im Dreiklang von Zieldefinition, Entwicklung politischer Konzepte und Messung von Zustand und Verlauf der Integration, fällt dem Monitoring die Aufgabe zu, eine Auswahl verfügbarer Daten auszuwerten, um so zuverlässige, objektive und auf Dauer zielende Informationen bereit zu stellen. Diese Daten dienen nicht nur der Öffentlichkeit zur Information, sondern auch den Akteuren der Integrationspolitik zur Entscheidungsfindung und zur Ausgestaltung integrationspolitischer Maßnahmen. Die Frage nach einem Monitoring resultiert also unmittelbar aus der Erkenntnis, dass im Bereich von Zuwanderung und Integration ein Mangel an verlässlichen, stetig erhobenen und ausgewerteten Informationen zur Verfügung steht. Die Daten allein haben aber noch keine Aussagekraft an sich, sondern müssen in den größeren Rahmen eines Integrationskonzepts, der Definition von Integration und der Bestimmung politischer Ziele eingebettet werden.

## **II. Ausgangslage: Das Frankfurter Vorhaben im Kontext**

Die Erkenntnis, dass es auf städtischer Ebene in Frankfurt im Bereich der Zuwandererintegration und der Integrationspolitik ein Defizit systematischer Information gebe, führte am 5. Juli 2007 zum Beschluss der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung, ein Integrationsmonitoring aufzubauen. Mit der Entwicklung wurde federführend das Dezernat für Integration in Zusammenarbeit mit allen anderen Dezernaten beauftragt. Über das Amt für multikulturelle Angelegenheiten erging der Auftrag an den Berliner Sozialwissenschaftler Rainer Ohliger, ein entsprechendes Konzept zu entwickeln. Beratend wurden außerdem die beiden Sozialwissenschaftler Dr. Ulrich Raiser und Dr. Andreas Kapphan in die Entwicklung und Konzeptionalisierung des Frankfurter Monitorings einbezogen, die für das Land Berlin und den Bund mit der Entwicklung bzw. Umsetzung entsprechender Monitoring-Konzepte befasst sind. Angeknüpft werden konnte an Vorarbeiten des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen sowie an die beiden Integrationsstudien, die das europäische forum für migrationsstudien (efms) für die Stadt Frankfurt am Main erstellt hatte.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Judith Halisch, europäisches forum für migrationsstudien, Institut an der Universität Bamberg (2008): Frankfurter Integrationsstudie 2008, erstellt im Auftrag des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main und Gaby Straßburger, europäisches forum für migrationsstu-

Die Frankfurter Entscheidung, ein Integrationsmonitoring zu entwickeln und in Zukunft zu implementieren, steht in einem größeren Zusammenhang der über die Stadt Frankfurt hinaus weist. Die Einführung von auf Monitoring basierten Informations- und Steuerungssystemen nimmt seit den neunziger Jahren zu. Diese Entwicklung zielt auf die Beobachtung und die effizientere Gestaltung politischer und administrativer Prozesse. Grundlage für die Verlaufs- und Effizienzmessung ist dabei ein mit Kennzahlen (Indikatoren) operierendes Messsystem, das versucht, komplexe soziale Abläufe komprimiert und regelmäßig abzubilden und darzustellen. Notwendigerweise bedeutet dies auch eine Komplexitätsreduktion, also eine Annäherung an die Wirklichkeit durch ein Modell. Die komplexe Wirklichkeit einzelner Themenfelder und Bereiche kann durch das Monitoring nicht in der Tiefe abgebildet und analysiert werden. Hierzu bedarf es jeweils Detailuntersuchungen. Das Monitoring kann allerdings Hinweise liefern, wo solchen Detailfragen vertieft nachgegangen werden sollte.

Indikatorenbildung und Monitoring im Bereich der Zuwanderung und Integration sind in der Integrationspolitik und -praxis Deutschlands ein noch sehr junges, allerdings sich rasch verbreitendes Instrument. Als erste deutsche Stadt führte Wiesbaden ein Integrationsmonitoring ein, das seit dem Jahr 2005 jährlich in der Form eines Datenberichts und einer Texterläuterung vorgelegt wird. Eine Handreichung zur Entwicklung eines kommunalen Integrationsmonitoring wurde 2006 von einem Initiativkreis der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) entwickelt und vorgelegt. Die Ergebnisse sollen eine Blaupause für Städte und Kommunen darstellen, ein Integrationsmonitoring zu entwickeln. Als erste bundesdeutsche Städte setzen zurzeit Stuttgart und Essen diese Vorlage um. Das Land Berlin entwickelte sein Integrationsmonitoring im Jahr 2006 innerhalb des europäischen Projekts *Indicators of Immigrant Integration*. Das in das Berliner Integrationskonzept eingebettete Berliner Integrationsmonitoring wird zurzeit erstmals umgesetzt. Der Nationale Integrationsplan der Bundesregierung (2007) sieht ein bundesweites Integrationsmonitoring vor, das Mitte 2009 erstmals veröffentlicht werden soll. Eine länderoffene Arbeitsgruppe erarbeitet zudem derzeit im Auftrag der Konferenz der für Integrationsfragen zuständigen Minister Vorschläge für ein länderübergreifendes Integrationsmonitoring.

---

dien, Institut an der Universität Bamberg (2001): Evaluation von Integrationsprozessen in Frankfurt am Main, erstellt im Auftrag des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main.



### **III. Ziel und Reichweite des Integrationsmonitorings: Zwischen Informationsanalyse und Steuerungshinweis**

Monitoring, Benchmarking und Evaluation sind die drei zentralen Vokabeln, wenn es um die Messung von Integration geht. Das Monitoring ist vom Benchmarking und von der (Projekt-)Evaluation klar zu trennen. Bei der Evaluation geht es in der Regel um die Bewertung einzelner (zeitlich meist befristeter) Projekte oder Systemeinheiten. Hier steht im Vordergrund, die Effizienz (oder auch Ineffizienz) einer Maßnahme und ihrer kausal erzielten Wirkung zu ermitteln (Wirkungsanalyse). Unter Benchmarking versteht man hingegen die vergleichende Messung von Zielerreichung und Zielabweichung unter den Bedingungen einer festgesetzten Zielgröße oder eines Referenzwertes. Monitoring zielt auf die kontinuierliche Beobachtung sozialer Prozesse durch periodisch erhobene Daten, aus denen Indikatoren gebildet werden. Diese Indikatoren sollen in erster Linie den Zustand einer Gesellschaft oder eines gesellschaftlichen Teilsystems beschreiben. Ziel dabei ist, die Entwicklungen dauerhaft zu beobachten, Fehlentwicklungen zu erkennen und durch den Vergleich über die Zeit ein vertieftes Verständnis für die längerfristigen Prozesse zu erhalten, damit Informationen im Kontext und nicht als erratische Einzeldaten analysiert werden.

Um es am Beispiel zu erläutern: Die Projektevaluation eines Sprachförderprogramms für Einwanderer würde die Lernziele, den Lernerfolg der Sprachschüler und Sprachschülerinnen und die eingesetzten Lernmethoden in einem bestimmten und begrenzten Zeitraum (z.B. der Kursdauer) untersuchen. Beim Benchmarking ginge es darum, Bundesländer oder Kommunen im Hinblick auf die Effektivität und Zielerreichung ihrer Sprachförderprogramme zu vergleichen. Das Monitoring hingegen würde (jährlich) die Ergebnisse der gleichen Sprachkurse verzeichnen (z.B. die Zahl der bestandenen Abschlussprüfungen im Verhältnis zu den Gesamtprüfungen) und diese Jahr um Jahr als Indikator ausweisen, um in kondensierter Form Aussagen und Analysen über die langfristigen Entwicklungen zu ermöglichen.

Das Integrations-Monitoring selbst ist kein reines Informationsinstrument, sondern kann auch Hinweise für politisch-administrative Entscheidungen liefern („Steuerung“), um die Zielerreichung im Politikfeld Migration, Integration und gesellschaftliche Vielfalt zu überprüfen. Es ersetzt allerdings nicht eine Prozess- und Wirkungsevaluation

politischer Einzelmaßnahmen, da es dafür nicht kleinteilig genug ist. Es liefert also eine Globalperspektive, keine Detailperspektive. Ebenso wenig ergibt sich die Zielsetzung für die Integrationspolitik und eine Politik der Anerkennung und Förderung von Vielfalt aus dem Monitoring. Hierfür bedarf es eines politischen Konzepts, in das ein Monitoring eingebunden sein sollte.

Die Analogie zur Steuerung betrieblicher Abläufe durch Controlling in Industrieunternehmen ist nur begrenzt tragfähig, auch wenn das methodische Instrumentarium ähnlich aussieht. Betriebliches Controlling bezieht sich auf die Bildung von Kennziffern in einem eng abgegrenzten Bereich unternehmerischen Handelns mit meist klar definierbaren Ursache-Wirkung-Zusammenhängen. Das Monitoring von Zuwandererintegration beobachtet hingegen einen weiten und komplexen gesellschaftlichen Bereich. Ursache-Wirkung-Analysen lassen sich im Bereich der Integrationspolitik und integrationspolitischer Maßnahmen selten linear und nie monokausal vornehmen. Inwieweit allerdings solch ein Monitoring auch der Steuerung dienen kann, hängt wesentlich auch von den zuvor festgelegten Themen- und Handlungsfeldern ab, in denen es erfolgen soll. So ist es sicherlich leichter, durch politisch-administrative Maßnahmen die Zahlen der Mitarbeiter mit Migrationshintergrund im öffentlichen Sektor einer Kommune zu erhöhen als z.B. die Arbeitslosigkeit der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zu senken. Die kommunale integrationspolitische Steuerung ist nur in Bereichen möglich, wo es um kommunale Aufgaben geht und entsprechende Instrumente zur Verfügung stehen. Und selbst dort muss in Rechnung gestellt werden, dass es sich in der Regel um komplexe Ursache-Wirkung-Zusammenhänge handelt. Die Stärke des Monitorings liegt somit in erster Linie im Bereich der kontinuierlichen Information und Berichterstattung, nur in zweiter Linie im Bereich der Steuerung. Insofern lassen sich aufgrund des Monitorings auch nur in begrenztem Maße Handlungsempfehlungen für die Politik aussprechen.

#### **IV. Vorgehensweise und Methode: Dialog, Partizipation und Rückkoppelung**

Für die Entwicklung des Frankfurter Monitorings wurde ein zehnstufiges Verfahren gewählt, das stark auf die Vernetzung und die Einbeziehung relevanter interner und externer Akteure setzte. Die einzelnen Schritte sahen wie folgt aus:

1. Abstimmung des groben Konzepts zwischen dem AMKA, dem Bürgeramt, Statistik und Wahlen und den externen Sachverständigen
2. Bestimmung von Themenfeldern durch das AMKA und die externen Sachverständigen
3. Entwicklung eines Sets möglicher und wünschbarer Indikatoren nach Themenfeldern durch das AMKA und die externen Sachverständigen
4. Diskussion der Handlungsfelder und des Indikatorensets durch das AMKA und die externen Sachverständigen
5. Vorstellung der Themenfelder und des Indikatorensets bei Vertretern/innen in 18 Frankfurter Fachverwaltungen/Ämtern: Diskussion und Kommentierung des Ansatzes durch die jeweiligen Ansprechpartner/innen (vgl. Anlage 2 für die konsultierten Ämter, Behörden und Institutionen)
6. Verwaltungsöffentliche Präsentation der Themenfelder und des Indikatorensets auf einem Fachtag im Römer am 9. September 2008
7. Abstimmung und Auswahl von Indikatoren (AMKA, Bürgeramt, Statistik und Wahlen, externe Sachverständige)
8. Datenbeschaffung ausgewählter Beispiel-Indikatoren
9. Abfassung und Vorlage des Konzepts und Umsetzung der Darstellung ausgewählter Indikatoren
10. Abstimmung und Revision der Auftragsarbeit zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer

Die Entwicklung des vorgelegten Konzepts basierte wesentlich auf der Einbeziehung und Berücksichtigung der Expertise, die in den einzelnen Fachverwaltungen der Stadt Frankfurt (und darüber hinaus) zur Verfügung steht, allerdings bislang nicht gebündelt ist. Das Monitoring als Instrument der Erhebung, Darstellung, Auswertung und Diskussion relevanter Daten aus den Bereichen Migration und Integration könnte ein erster Schritt zu einer weiteren Vernetzung sowohl der Daten als auch der Akteu-

re sein, um der Querschnittsfunktion der Integrationsarbeit gerechter zu werden. Die überwiegend positive Reaktion der befragten Protagonisten in den einzelnen Ämtern wie auch die rege Teilnahme der Ämter am Fachtag zur Präsentation des Monitorings zeigten, dass es großes Interesse an dem Verfahren und dem Instrument gibt. Mehrheitlich zeigten sich die Vertreter der befragten Institutionen aufgeschlossen gegenüber dem Vorhaben eines Frankfurter Integrationsmonitorings. Verschiedentlich wurden auch Bedenken geäußert, die meistens mit methodischen Fragen und mit der mangelnden Verfügbarkeit von Daten zu tun hatten. Grundlegende Skepsis wurde nur in einem größeren Amt geäußert. Methodische und inhaltliche Kritik und Anregungen kamen insbesondere auch aus den beiden federführenden Ämtern selbst, dem AMKA und dem Bürgeramt, Statistik und Wahlen.

Der anfängliche Vorschlag für ein Frankfurter Integrationsmonitoring operierte mit zwölf Themenfeldern (plus dem Bereich der Hintergrunddaten) sowie 55 Indikatoren. Die Themenfelder wurden im Verlauf der Diskussion und Fortentwicklung des Konzepts auf neun, die Indikatoren auf 38 eingegrenzt. Teils wurden Themenfelder und Indikatoren aussortiert, da (bislang) keine auswertbaren Daten zur Verfügung stehen, teils wurde die Zahl der Indikatoren reduziert, da die indizierten Daten von nachgeordneter Bedeutung waren. Die drei Themenfelder „Internationaler Standort Frankfurt - Frankfurt in der globalisierten Welt“, „Stadtgesellschaft Frankfurt“ und „Repräsentation und Partizipation im kulturellen Sektor“ wurden aufgrund der noch nicht ausreichenden Datenlage gestrichen. Es wird aber vorgeschlagen, die drei Bereiche in das Monitoring aufzunehmen, sobald eine bessere Datenlage zur Verfügung steht. Die hier vorgestellte Liste versteht sich als Blaupause, die im Prozess der Umsetzung noch modifiziert werden kann. Es sollte im weiteren Prozess der Umsetzung die Möglichkeit bestehen, neue Indikatoren aufzunehmen oder bereits aufgenommene zu streichen, sofern es dafür inhaltliche Gründe gibt. Dabei sollte als Kriterium stets die Übersichtlichkeit und Anwendbarkeit des Monitorings berücksichtigt werden, das sich ja an eine breitere interessierte Öffentlichkeit wendet, nicht allein an ein statistisch oder integrationspolitisch vorgebildetes Publikum.

## V. Datenlage, Datenlücken und Definitionen

Die Erstellung eines Integrationsmonitorings erfolgt im Wesentlichen durch die Auswertung amtlicher Daten, die durch die städtische Statistik gesammelt und ausgewertet werden oder nur in einzelnen Ämtern verfügbar sind und dort abgerufen werden müssen. Separate Erhebungen können für das Monitoring (in Ausnahmefällen) vorgenommen werden, sie müssen dann jedoch regelmäßig durchgeführt und entsprechend etatisiert werden. Auch müssen solche Zusatzerhebungen datenschutzrechtlich zulässig sein und können für das Monitoring nur in anonymisierter Form genutzt werden. Allerdings ist es durchaus denkbar, dass einzelne Ämter und Behörden zusätzliche Daten erheben, die für das Monitoring relevant sind. Darüber hinaus sollten bestehende Erhebungen in Betracht gezogen werden, um Daten zur Verfügung zu stellen. Dies gilt in Frankfurt insbesondere für die Bürgerbefragung, die jährlich durch das Bürgeramt, Statistik und Wahlen durchgeführt wird. Diese Stichproben-Befragung von 3750 (2006) Frankfurter Stadtbürgern zielt allerdings vorrangig auf die Erhebung demoskopischer, nicht sozialstatistischer Daten zur Lage und Situation der Bevölkerung. Bislang sind die erhobenen Daten für ein Monitoring eher von untergeordneter Bedeutung. Es ließen sich allerdings ohne großen zusätzlichen Aufwand weitere Fragen in den Erhebungsbogen integrieren, um brauchbare Daten für das Monitoring zu sammeln.<sup>2</sup>

Die jährlich bundesweit erhobene sozialstatistische Stichprobe des Mikrozensus (Befragung von einem Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung (ca. 390.000 Haushalte mit 830.000 Personen) bezieht für Frankfurt ebenfalls gut 6.000 Personen in ihr Sample ein. Die Auswertung stößt aufgrund der kleinen Fallzahl für die gleichzeitige Auswertung mehrerer Variablen (multivariate Analyse) an ähnliche Grenzen wie die Frankfurter Bürgerbefragung, auch wenn der Rücklauf unter den Personen mit Migrationshintergrund deutlich höher ist. Eine Auswertung der Mikrozensus-Daten für Städte und Kommunen in Hessen liegt bislang nur auf einer sehr allgemeinen Ebene vor. Beim Hessischen Statistischen Landesamt ist allerdings eine Sonderauswertung

---

<sup>2</sup> Die Auswertung solcher Daten stößt jedoch schnell an zwei methodische Grenzen. Erstens umfasst die Stichprobe nur eine Grundgesamtheit von gut einem halben Prozent der Frankfurter Bürger, so dass die Zahl der betrachteten Fälle (Grundgesamtheit) zu klein ist, um repräsentative multivariate Analysen vorzunehmen. Zweitens zeigt die Erfahrung der Erhebung aus den letzten Jahren, dass der Rücklauf der Fragebögen unter Personen nicht-deutscher Staatsangehörigkeit vergleichsweise deutlich geringer ist (2006: 27,6 zu 61,1 %), sodass diese Gruppe in der ausgewerteten Stichprobe stark unterrepräsentiert ist.

für Kommunen und Städte in Arbeit, die ca. 170 unterschiedliche Variablen, u.a. – so die Fallzahlen es erlauben – auch nach dem Merkmal Migrationshintergrund ausgewertet.

**Abbildung1: Definitionen von Migrationshinweis und Migrationshintergrund**

Nr.	Definition	Quelle/Amt
<b>Migrationshinweis</b>		
1	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Eingebürgerte</li> <li>- zweite ausländische Staatsangehörigkeit</li> <li>- Optionsdeutsch</li> <li>- Geburtsort nach 1945 in einem Aussiedlerstaat</li> </ul>	Bürgeramt Statistik und Wahlen/FFM
<b>Migrationshintergrund</b>		
2	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausländer</li> <li>- Eingebürgerte</li> <li>- Aussiedler</li> <li>- Kinder von Ausländern, Eingebürgerten und Aussiedlern, sofern mindestens ein Elternteil im Ausland geboren wurde</li> </ul>	Statistisches Bundesamt (Mikrozensus)
3	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Geburtsort mindestens eines Elternteils im Ausland</li> <li>- (nicht-deutsche) Familiensprache</li> </ul>	Kinder- und Jugendhilfestatistik des Bundes
4	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Kind, das selbst zugewandert ist</li> <li>- Kind, von welchem mindestens ein Elternteil nicht in Deutschland geboren worden ist</li> </ul>	Stadtgesundheitsamt/FFM (Kindergesundheitsbericht)
5	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausländer</li> <li>- im Ausland Geborene</li> </ul>	Personal- und Organisationsamt/FFM

Eine der größten Herausforderungen für die Umsetzung des Integrationsmonitorings, dies gilt nicht nur für Frankfurt, ist die Anpassung der meist amtlich erhobenen Daten und Statistiken und des Monitorings an die neue statistische Kategorie „Personen mit Migrationshintergrund“. In der bisherigen amtlichen Statistik wurde in der Regel nach deutschen und nicht deutschen Staatsangehörigen (Ausländer) unterschieden. So sinnvoll diese Unterscheidung ist, wenn es um Rechtsansprüche und deren Durchsetzung geht, so wenig geeignet scheint sie allerdings mit Blick auf die soziale Wirklichkeit des Einwanderungslandes Deutschland. So umfasst die Kategorie „Ausländer“ einerseits mehrere Millionen Personen, die vor dem 1. Januar 2000 (also vor Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes mit seiner ius soli-Regelung) in Deutschland geboren wurden, nie selbst eingewandert sind, aber als Ausländer

zählen. Andererseits gehören zwischen drei und vier Millionen tatsächlich zugewanderte Spätaussiedler zur Kategorie der „Passdeutschen“, da sie mit ihrer Einwanderung einen unmittelbaren und sofortigen Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit hatten (Anspruchseinbürgerung) bzw. seit der Einführung des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes zum 1. Januar 2000 automatisch mit der Anerkennung als Aussiedler die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten.

Unter dem Eindruck, dass die Rechtskategorien der sozialen Wirklichkeit und der sozialwissenschaftlichen Analyse nicht mehr hinreichend gerecht werden, wurde der Begriff Migrationshintergrund entwickelt, der sich erst im öffentlichen Sprachgebrauch, und seit kurzem auch zunehmend in der statistischen und wissenschaftlichen Analyse durchsetzt. Offizielle Verwendung fand der Begriff das erste Mal bei der Erhebung des Mikrozensus' im Jahr 2005. Das Statistische Bundesamt entwickelte eine Definition, die nun nicht nur die in Deutschland lebenden Ausländer, sondern auch die eingebürgerten ehemaligen Ausländer, Spätaussiedler und die Kinder dieser drei Personengruppen umfasst. Damit verschob sich bundesweit die relevante Gruppe von 7,3 Millionen Ausländern zu 15,3 Millionen Personen mit Migrationshintergrund. Dies entspricht 18,6% der Bevölkerung. In Frankfurt/Main liegt der Prozentsatz mit 37,6 Prozent (2005) doppelt so hoch.

Zwar setzt sich der Begriff Migrationshintergrund in der Öffentlichkeit zunehmend durch, doch bestehen bislang noch einige Schwierigkeiten im Hinblick auf seine flächendeckende Anwendung im statistischen Bereich: So gibt es erst seit Herbst 2008 eine konsensfähige Definition des Begriffs zwischen Bund und Ländern, die deckungsgleich ist mit der für den Mikrozensus entwickelten Definition des Statistischen Bundesamtes (s.o.). Diese Kategorie ist bislang nur in sehr wenigen statistischen Bereichen eingeführt worden, im kommunalen Bereich in Frankfurt noch gar nicht. In Frankfurt hatte aber schon zuvor das für das Frankfurter Monitoring zentrale Bürgeramt, Statistik und Wahlen eine eigene Kategorie („Migrationshinweis“) entwickelt, die für die Analyse der Bevölkerungsdaten aus dem Melderegister genutzt wird. Diese Frankfurter Kategorie unterscheidet sich von der bundesweiten Definition des „Migrationshintergrundes“. Sie umfasst eingebürgerte Personen, die meisten Spätaussiedler, Doppelstaatsangehörige und Kinder mit Optionsstatuts (=nach 2000 Geborene, die temporär Doppelstaatler sind). Darüber hinaus, dies zeigte sich während der Forschungsphase für dieses Gutachten, operieren eine Reihe von Ämtern und Institutionen (auf kommunaler Ebene wie auch auf Bundesebene) bei der Erhebung von Da-



ten mit eigenen, oft abweichenden Definitionen für die Bestimmung des Begriffs „Migrationshintergrund“. Es herrscht somit zurzeit noch eine Daten- und Definitionsunsicherheit. Diese Definitionsvielfalt erschwert nicht nur die Erhebung von Daten und die Bildung schlüssiger Indikatoren. Sie schränkt auch die Vergleichbarkeit von Daten, Kategorien und Indikatoren ein, da die jeweilige Bezugs- bzw. Bevölkerungsgröße bei der Indikatorenbildung unter Umständen unterschiedlich sein kann.

Um Herausforderungen und Restriktionen kurz an einem Beispiel zu illustrieren: Das Personal- und Organisationsamt der Stadt Frankfurt erhebt bei den städtischen Mitarbeitern den Migrationshintergrund, der als Nicht-Deutscher Staatsangehöriger oder im Ausland geborene Person definiert wird. Diese Daten sind ausgesprochen wertvoll, um über das Maß der interkulturellen Öffnung der städtischen Verwaltung und Betriebe Aussagen zu treffen und für das Monitoring entsprechende Indikatoren zu bilden. Nun müssen für die Indikatorbildung in der Regel Quoten berechnet, d.h. die absolute Zahl der städtischen Beschäftigten mit Migrationshintergrund werden in Bezug zu einer Referenzgröße gesetzt. Diese Referenzgröße (der Nenner bei der Errechnung der Quote) könnte nun theoretisch die Anzahl aller städtischen Beschäftigten oder die Anzahl aller Personen mit Migrationshintergrund in der gesamten Stadt sein. Beide Indikatoren führen zu sinnvollen Aussagen. Nur lässt sich die zweite Quote (Anzahl der städtischen Beschäftigten mit Migrationshintergrund im Verhältnis zur gesamten Frankfurter Bevölkerung mit Migrationshintergrund) nicht errechnen, da sich die beiden Definitionen von Migrationshintergrund, auf die sich die jeweiligen Zahlen beziehen, unterscheiden.<sup>3</sup> Die Berechnung dennoch vorzunehmen, wäre also methodisch nicht zulässig. Daher ist die Bildung von Indikatoren mit der Bezugsgröße Migrationshintergrund bislang leider nur in einem sehr eingeschränkten Maße möglich. Die Mehrzahl der Indikatoren wird daher für eine Übergangszeit noch mit den alten Kategorien von Deutschen und Ausländern operieren müssen. So lange noch keine einheitliche und verbindliche Definition von Migrationshintergrund zur Verfügung steht, muss bei jenen Indikatoren, die auf dieser Kategorie basieren, die jeweilige Definition des Migrationshintergrundes ausgewiesen werden, um unsinnigen Vergleichen vorzubeugen. Darüber hinaus sollte zukünftig mitbedacht werden, dass ein strikter Übergang von der einen zur anderen Kategorie (Ausländer → Person mit Migrationshintergrund) nicht unbedingt immer sinnvoll ist. Vielmehr sollte für jeden

---

<sup>3</sup> Aus dem Frankfurter Melderegister ließe sich eine Merkmalsgruppe „Personen mit Migrationshintergrund“ bilden, indem die nicht-deutschen Staatsbürger und die Personen mit Migrationshinweis addiert werden. Diese Kategorie wiche dann aber von jener des Mikrozensus ab.



Indikator, bei dem eine Umstellung erwogen wird, auch diskutiert werden, ob die Daten auf der Grundlage der Staatsangehörigkeit nicht fortgeschrieben werden sollten, um den Vergleich mit der Vergangenheit zu ermöglichen.

## **VI. Indikatorenset nach Themenfeldern**

Die Themenfelder benennen jene Bereiche, in denen Daten und Fakten über die Vielfalt der Frankfurter Stadtgesellschaft und die Integration von Zuwanderern erhoben, Indikatoren gebildet und ein Monitoring und Berichtswesen installiert werden könnten oder sollten. Es sollten Indikatoren für Personen mit und ohne Migrationshintergrund/deutsche/r Staatsangehörigkeit (als Referenzgröße) gebildet werden. Das regelmäßige Monitoring dient einerseits der Information der breiten Öffentlichkeit, andererseits soll es der Kommunalpolitik und der Kommunalverwaltung verlässliche Informationen zur Ausgestaltung der Migrations- und Integrationspolitik als Gesellschaftspolitik an die Hand geben.

Die Daten sollen nach Migrationshintergrund bzw. Staatsangehörigkeit und Geschlecht, wo nötig und möglich auch für spezifische Alterskohorten erhoben und analysiert werden. Eine sozialräumliche Analyse, d.h. eine Gliederung und Analyse der Daten und Indikatoren nach Stadtteilen kann das hier skizzierte kommunale Monitoring in der Regel nicht leisten. Dies würde das Instrument überfrachten. Ein kleinräumiges Monitoring wäre perspektivisch für eine Reihe von Indikatoren möglich. Nur müssten dann die Daten entsprechend aufbereitet werden. Wünschenswert wäre, das Merkmal sozio-ökonomischer Status der Bevölkerung zu berücksichtigen, um der Falle zu entgehen, Integrationsunterschiede auf das Merkmal des „Migrationshintergrundes“ zu reduzieren und damit soziale Unterschiede zu ethnisieren. Allerdings scheitert dieses Vorhaben bei den meisten Indikatoren an der Tatsache, dass keine Daten für die soziale oder ökonomische Lage der betreffenden Bevölkerungsgruppe zur Verfügung stehen. Da die Erhebung des Merkmals „Migrationshintergrund“ in den meisten Fällen noch nicht in der gewünschten Form möglich ist, muss vielfach noch mit der überkommenen Unterscheidung von deutschen und nicht-deutschen Staatsangehörigen operiert werden. Bei der Fortschreibung des Monitorings bedarf es da-

her jedes Mal der Überprüfung, ob sich die Datenlage in den betreffenden Bereichen verändert hat.

Die folgenden Indikatoren aus neun Themenfeldern werden für die Umsetzung des Frankfurter Monitorings vorgeschlagen. Sie stellen eine reduzierte Auswahl des bislang Machbaren dar.<sup>4</sup> Die genauere Erläuterung der Indikatoren findet sich in Hauptteil B.

## 1. Recht

Indikatoren in diesem Bereich machen Angaben über die Einbürgerung und den Anspruch auf Einbürgerung von Personen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit. Außerdem werden Indikatoren zur fremdenfeindlich motivierten Gewalt (rassistische und fremdenfeindliche Straftaten) sowie Kriminalität von Personen deutscher und nicht-deutscher Staatsangehörigkeit ausgewiesen.

**Tabelle 1: Indikatoren für das Themenfeld Recht**

<b>Nr.</b>	<b>Indikator</b>	<b>Amt/Quelle</b>	<b>verfügbar</b>	<b>Form: Mh/St.*</b>
1.1.	Einbürgerungsquote	Bürgeramt, Statistik und Wahlen	ja	St.
1.2.	Quote des Einbürgerungspotentials	Bürgeramt, Statistik und Wahlen	ja	St.
1.3.	Quote der rechtsextrem motivierten Straftaten (pro Einwohner)	Regionale Kriminalitätsstatistik der Polizeipräsidien in Hessen	ja	St.
1.4.	Gewaltkriminalitätsquote	Regionale Kriminalitätsstatistik der Polizeipräsidien in Hessen	ja	St.

\* Migrationshintergrund/Staatsangehörigkeit

## 2. Spracherwerb und Sprachbeherrschung

Indikatoren in diesem Bereich machen Angaben über die Sprachfähigkeit im Deutschen (Spracherwerb, Sprachbeherrschung, Sprachstand) von Personen mit Migrationshintergrund (bzw. nach Staatsangehörigkeit).

<sup>4</sup> Für eine Auswahl der nicht berücksichtigten Indikatoren vgl. Anlage 3.

**Tabelle 2: Indikatoren für das Themenfeld Spracherwerb und Sprachbeherrschung**

<b>Nr.</b>	<b>Indikator</b>	<b>Amt/Quelle</b>	<b>verfügbar</b>	<b>Form: Mh/St.*</b>
2.5.	Quote von Kindern mit Migrationshintergrund (nicht-deutscher Staatsangehörigkeit) in Vorlaufkursen	Kultusministerium des Landes Hessen	ja	Mh., siehe Erläuterung des Indikators im Hauptteil B
2.6.	Quote der bestandenen Prüfungen unter Teilnehmern der durch das Bundesamt für Flüchtlinge und Migration in Frankfurt geförderten Sprach- und Orientierungskurse	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)	nein	St.

\* Migrationshintergrund/Staatsangehörigkeit

### **3. (Aus-)Bildung, Erziehung und Schule**

Indikatoren in diesem Bereich weisen die Anzahl der Kinder und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund (bzw. nach Staatsangehörigkeit) in Kindergärten, Schulen und Ausbildungsberufen und an Universitäten aus, wobei die Indikatoren u.a. auf Lebensalter (Kindergärten) und Schulformen (Schulen) abheben. Bei Schulen, Ausbildungsberufen und Universitäten steht nicht nur die zahlenmäßige Verteilung, sondern auch der Erfolg (=erzielter Abschluss) im Mittelpunkt.

**Tabelle 3: Indikatoren für das Themenfeld (Aus-)Bildung, Erziehung und Schule**

<b>Nr.</b>	<b>Indikator</b>	<b>Amt/Quelle</b>	<b>verfügbar</b>	<b>Form: Mh/St.*</b>
3.7.	Kindergartenbesuchsquote (Kindergartenbesuch von Kindern mit/ohne Migrationshintergrund nach Alterskohorten)	Kinder- und Jugendhilfestatistik des Bundes	ja	Mh., siehe Erläuterung des Indikators im Hauptteil B
3.8.	Quote der Hauptschul-Achtklässler	Staatliches Schulamt; Bürgeramt, Statistik und Wahlen	ja	St.
3.9.	Quote der Gymnasialachtklässler	Staatliches Schulamt; Bürgeramt, Statistik und Wahlen	ja	St.
3.10.	Quote der Förder- und Hauptschulabgänger/innen ohne Schulabschluss mit deutscher/nicht-deutscher Staatsangehörigkeit	Staatliches Schulamt; Bürgeramt, Statistik und Wahlen	ja	St.
3.11.	Abiturientenquote	Staatliches Schulamt; Bürgeramt, Statistik und Wahlen	ja	St.
3.12.	Schulabgangsquote von Berufsfachschulen und beruflichen Gymnasien	Staatliches Schulamt/ Stadtschulamt	ja	St.
3.13a.	Ausbildungsbeteiligungquote	Mikrozensus	ja	St.
3.13b.	Ausbildungsquote	Agentur für Arbeit, Frankfurt/Main, Bürgeramt, Statistik und Wahlen	ja	St.
3.14.	Ausbildungserfolgsquote	Agentur für Arbeit	ja	St.
3.15.	Studienquote	Hessisches Statistisches Landesamt	ja	St.
3.16.	Hochschulabsolventenquote	Hessisches Statistisches Landesamt	ja	St.

\* Migrationshintergrund/Staatsangehörigkeit

#### **4. Arbeit und Wirtschaft**

Indikatoren in diesem Bereich machen Angaben über die Integration von Personen mit und ohne Migrationshintergrund (bzw. nach Staatsangehörigkeit) in den Arbeitsmarkt als abhängig Beschäftigte, das Ausmaß an Selbständigkeit (Gewerbeanmel-

dungen) und das Maß an Nicht-Integration in den Arbeitsmarkt (nicht Erwerbstätige/Erwerbslose).

**Tabelle 4: Indikatoren für das Themenfeld Arbeit und Wirtschaft**

Nr.	Indikator	Amt/Quelle	verfügbar	Form: Mh/St.*
4.17.	Erwerbsbeteiligungsquote	Agentur für Arbeit, Frankfurt/Main, Bürgeramt Statistik und Wahlen	ja	St.
4.18.	Selbstständigenquote	Mikrozensus	ja	St.
4.19.	Gewerbeanmeldungs/-abmeldungsquote	Kassen- und Steueramt; Bürgeramt, Statistik und Wahlen	ja	St.
4.20.	Arbeitslosenquote	Agentur für Arbeit, Frankfurt/Main; Bürgeramt, Statistik und Wahlen	ja	St.
4.21.	Jugendarbeitslosenquote	Agentur für Arbeit, Frankfurt/Main; Bürgeramt, Statistik und Wahlen	ja	St.
4.22.	Arbeitslosenquote von Langzeitarbeitslosen	Agentur für Arbeit, Frankfurt/Main; Bürgeramt, Statistik und Wahlen	ja	St.

\* Migrationshintergrund/Staatsangehörigkeit

## 5. Räumliche Verteilung und Wohnsituation

Indikatoren in diesem Bereich machen Angaben über die räumliche Verteilung von Personen mit und ohne Migrationshintergrund (bzw. nach Staatsangehörigkeit) über das Stadtgebiet, das Ausmaß an Wohnsegregation und die Vergabe öffentlichen Wohnraums an Personen mit und ohne Migrationshintergrund (bzw. nach Staatsangehörigkeit).

**Tabelle 5: Indikatoren für das Themenfeld Räumliche Verteilung und Wohnsituation**

Nr.	Indikator	Amt/Quelle	verfügbar	Form: Mh/St.*
5.23.	Segregationsindex	Wohnungsmarktbericht	ja	St.
5.24.	Vergabequote für öffentlich geförderte Mietwohnungen	Wohnungsbaugesellschaften (Deutsche Annington Süd-West GmbH, ABG Frankfurt Holding, GWH Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Hessen mbH, Wohnheim GmbH, Nassauische Heimstätte mbH)	ja	St.

\* Migrationshintergrund/Staatsangehörigkeit

## 6. Transfereinkommen und soziale Sicherung

Indikatoren in diesem Bereich machen Angaben über die soziale Teilhabe von Personen mit und ohne Migrationshintergrund (bzw. nach Staatsangehörigkeit), wie sie sich aus Daten von Sozialtransfers im Rahmen kommunaler und staatlicher Leistungen ergeben (Sozialgesetzbuch II und XII).

**Tabelle 6: Indikatoren für das Themenfeld Transfereinkommen und soziale Sicherung**

Nr.	Indikator	Amt/Quelle	verfügbar	Form: Mh/St.*
6.25a	Bezugsquote von Leistungen nach SGB II (gesamt)	Agentur für Arbeit, Frankfurt/Main, Bürgeramt, Statistik und Wahlen	ja	St.
6.25b	Bezugsquote von Leistungen nach SGB II (Personen unter 15 Jahren)	Agentur für Arbeit, Frankfurt/Main, Bürgeramt, Statistik und Wahlen	ja	St.
6.26a	Bezugsquote von Leistungen nach SGB XII (gesamt)	Agentur für Arbeit, Frankfurt/Main, Bürgeramt, Statistik und Wahlen	ja	St.
6.26b	Bezugsquote von Leistungen nach SGB XII (Personen unter 15 Jahren)	Agentur für Arbeit, Frankfurt/Main, Bürgeramt, Statistik und Wahlen	ja	St.
6.27.	Quote der Bezieher von Leistungen aufgrund des Asylbewerberleistungsgesetz	Ausländerbehörde	ja	St.

\* Migrationshintergrund/Staatsangehörigkeit

## 7. Gesundheit und Gesundheitsvorsorge

Indikatoren in diesem Bereich sollen Angaben über den gesundheitlichen Zustand von Personen mit und ohne Migrationshintergrund (bzw. nach Staatsangehörigkeit) und den Zugang zu und die Inanspruchnahme von gesundheitlichen Leistungen machen. Es gibt in diesem Feld allerdings bislang noch starke Einschränkungen, was die Verfügbarkeit von Daten anbelangt. So sind die Daten zur Nutzung von Präventionsmaßnahmen für die Gesamtbevölkerung in der Regel auf kommunaler Ebene nicht zugänglich. Die Datenlage sieht für einzuschulende Kinder allerdings günstiger aus, da hier die Daten aus den Schuleingangsuntersuchungen vorliegen und aufbereitet sind. Daher ließen sich für diese Altersgruppe u.a. Aussagen zu Präventions-

maßnahmen (Inanspruchnahme der U-Untersuchungen im Kindesalter), Impfschutz, Zahnerkrankungen, Allergien oder Übergewicht machen (vgl. Kindergesundheit in Frankfurt. Daten des Stadtgesundheitsamtes 2002-2006, Frankfurt 2008).

**Tabelle 7: Indikatoren für das Themenfeld Gesundheit und Gesundheitsvorsorge**

Nr.	Indikator	Amt/Quelle	verfügbar	Form: Mh/St.*
7.28.	Quote der Inanspruchnahme der U8	Stadtgesundheitsamt (Bericht „Kindergesundheit in Frankfurt)	ja	Mh, siehe Erläuterung des Indikators im Hauptteil B

\* Migrationshintergrund/Staatsangehörigkeit

## 8. Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation

Indikatoren in diesem Bereich weisen die politische Teilhabe von Personen mit und ohne Migrationshintergrund (bzw. nach Staatsangehörigkeit) in den gewählten Vertretungen (Stadtverordnetenversammlung, Magistrat, Ortsbeiräte) aus.

**Tabelle 8: Indikatoren für das Themenfeld Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation**

Nr.	Indikator	Amt/Quelle	verfügbar	Form: Mh/St.*
8.29.	Quote der potentiell eingebürgerten Wahlberechtigten	Bürgeramt, Statistik und Wahlen	ja	St.
8.30.	Quote der nicht eingebürgerten potentiell wahlberechtigten EU-Ausländer	Bürgeramt, Statistik und Wahlen	ja	St.
8.31.	Quote der Stadtverordneten mit Migrationshintergrund	Hauptamt/Fraktionen	ja	Mh.
8.32.	Quote der Haupt- und ehrenamtlichen Magistratsmitglieder mit Migrationshintergrund	Hauptamt/Magistrat	ja	Mh.
8.33.	Quote der Mitglieder in Ortsbeiräten mit Migrationshintergrund	Hauptamt/Ortsbeiräte	ja	Mh.
8.34.	Quote der Schullehrerbeiräte mit Migrationshintergrund	Stadtelternbeirat (Umfrage)	ja	Mh., Definition muss für Umfrage vorgegeben werden

\* Migrationshintergrund/Staatsangehörigkeit

## 9. Interkulturelle Öffnung und Vielfalt

Indikatoren in diesem Bereich heben auf die Anzahl der Beschäftigten und der Neueinstellungen (Ausbildung) von Personen mit und ohne Migrationshintergrund (bzw. nach Staatsangehörigkeit) im öffentlichen Sektor ab.

**Tabelle 9: Indikatoren für das Themenfeld Interkulturelle Öffnung und Verwaltung**

Nr.	Indikator	Amt/Quelle	verfügbar	Form: Mh/St.*
9.35.	Quote der Beschäftigten mit Migrationshintergrund bei der Stadtverwaltung/in städtischen Betrieben	Personal- und Organisationsamt (POA)	ja	Mh, siehe Erläuterung des Indikators im Hauptteil B
9.36.	Quote der Beschäftigten mit Migrationshintergrund beim Stadtschulamt und beim Jugend- und Sozialamt	Personal- und Organisationsamt (POA)	ja	Mh, siehe Erläuterung des Indikators im Hauptteil B
9.37.	Quote der Auszubildenden mit Migrationshintergrund bei der Stadtverwaltung/in städtischen Betrieben	Personal- und Organisationsamt (POA)	ja	Mh, siehe Erläuterung des Indikators im Hauptteil B
9.38.	Quote der Erzieher/innen mit Migrationshintergrund in Kindertagesstätten	ev. Umfrage im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfestatistik	nein	siehe Erläuterung des Indikators im Hauptteil B

\* Migrationshintergrund/Staatsangehörigkeit

## VII. Ergänzende Anmerkungen zu den Themenbereichen und zur Liste der Indikatoren

Drei der ursprünglichen Themenfelder und zahlreiche Indikatoren sind auf dem Weg von den ersten konzeptionellen Entwürfen zu der hier vorliegenden Fassung des Konzepts gestrichen worden. Die Gründe hierfür lagen in der Regel in der mangelnden Verfügbarkeit von Daten. Zahlreiche Indikatoren wie auch die drei Themenfelder „Stadtgesellschaft“ und „Internationaler Standort Frankfurt - Frankfurt in der globalisierten Welt“ und „Repräsentation und Partizipation im kulturellen Sektor“ wären eine sinnvolle Ergänzung und Bereicherung für das Monitoring. Daher sollte mittel- und langfristig durchaus der Ausbau des Monitorings in diese Richtung erwogen werden. Für das Themenfeld „Stadtgesellschaft“ sollte die Partizipation von Personen mit



Migrationshintergrund in Vereinen, Verbänden, Institutionen und Organisationen der Aufnahmegesellschaft abgebildet werden. Außerdem sind hier die Aktivitäten der Migrantenselbstorganisationen und der kommunalen Gremien im Bereich Integration und Diversity (Quartiersmanagement, Aktive Nachbarschaft usw.) von Belang. Datenmäßig schwer zu erfassen und abzubilden ist bislang auch der Bereich der Kultur, der aber essenziell ist, da nicht zuletzt hier über Möglichkeiten der Zugehörigkeit von Zuwanderern zur Gesellschaft des Einwanderungslandes verhandelt wird. Nur lässt sich die soziale Wirklichkeit in diesem freien Bereich nicht so einfach vermessen wie z.B. im Bereich des Spracherwerbs oder der Arbeitsmarktpartizipation. Es bedarf hier erst einmal der genaueren Analyse der Möglichkeiten zur Datenerfassung bzw. -erhebung, bevor Indikatoren gebildet werden, die das Themenfeld füllen können. Das Themenfeld „Internationaler Standort Frankfurt - Frankfurt in der globalisierten Welt“ sollte das Monitoring hin zur Privatwirtschaft öffnen. Es sollte hier stärker die durch Migration bedingte Vielfalt, insbesondere in größeren Unternehmen ins Auge gefasst werden (z.B. bei den Geschäftsbanken, bei der Fraport oder bei der Deutschen Bahn). Gerade für Frankfurt bedeutet Einwanderung ja vielfach auch Einwanderung gut ausgebildeter und hoch qualifizierter Eliten, die im Finanz- und Dienstleistungssektor tätig sind. Diese Tatsache wird oft vergessen, da die gegenwärtige Integrationsdebatte immer noch stark auf Defizite und Fragen nachholender bzw. aufholender Integration von sozial benachteiligten Personen ausgerichtet ist. Eine nüchterne Analyse der Frankfurter Stadtgesellschaft sollte verstärkt den Nutzen und die Bereicherung durch Migration in den Blick nehmen, um ein ausgewogenes und realistisches Bild des stark globalisierten und von internationaler Mobilität geprägten Arbeitsmarktes der Stadt zu zeichnen. Dieser verstärkte Blick auf die Chancen, die Migration ermöglicht, gilt auch für andere Bereiche, in denen bislang aber ebenfalls methodische oder Datenprobleme vorherrschen. So wurde in dieser Fassung des Konzepts z.B. die interkulturelle Öffnung der Universitäten nur sehr cursorisch abgehandelt, indem zwei Indikatoren zu den hier geborenen ausländischen Studierenden aufgenommen wurde. Über die Attraktivität der akademischen Institutionen für Studenten und Professoren aus dem Ausland wurde hingegen keine Aussage durch die Bildung eines Indikators vorgenommen. Im Bildungsbereich fehlen aufgrund der dürftigen Datenlage auch Aussagen über die interkulturelle Öffnung und Zusammensetzung der Bildungsinstitutionen. Die Bildung eines Indikators zur Zusammensetzung von Lehrerkollegien an Schulen fehlt oder wäre bislang nur auf der Grundlage von

Namensanalyse möglich, was methodisch nicht zuverlässig ist. Ein ähnliches Defizit gilt für die Verfügbarkeit von Daten über den Migrationshintergrund von Erzieherinnen und Erziehern in den Kindergärten. Das dortige Datendefizit könnte allerdings mit einer integrierten begleitenden Umfrage zu ohnehin regelmäßig vorgenommenen Umfragen behoben werden.

Selbst im Bereich des Spracherwerbs klaffen Lücken, nicht zuletzt in dem bedeutenden Sektor staatlich organisierter Sprach- und Orientierungskurse, die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge seit dem Jahr 2005 bundesweit anbietet. Auf der regionalen Ebene lassen sich hier bislang kaum quantitativ abgesicherte Aussagen treffen. Zwei weitere Themenfelder sind nur in geringem Maße abgedeckt: der Bereich des Wohnens und der Bereich der Gesundheit. Insbesondere im Bereich der Gesundheitsdaten stößt der Wunsch nach Information schnell an die Grenzen des Datenschutzes. Der genuin kommunale Bereich des Wohnens und die Analyse der Wohnsituation in Frankfurt erfordern eine bessere Datenlage als sie derzeit in Frankfurt zur Verfügung steht. Es wird angeregt, die Datenerhebung in diesem Bereich gezielt zu verbessern. Für einige Themenfelder mussten hingegen Indikatoren ausgesondert werden, da eine zu starke Detailliertheit den Zweck des Monitorings, nämlich als allgemeines Informationsinstrument zu dienen, unterminiert hätte. Dies gilt zum Beispiel für den großen Bereich der sozialen Sicherung und der sozialstaatlichen Transferleistungen. Hier wurden bewusst nur einige wenige aggregierte Indikatoren gebildet.

## VIII. Handlungs- und Umsetzungsempfehlungen

1. Da die Daten eines Monitorings erst über einen längeren Zeitverlauf Aussagekraft gewinnen, sollte im ersten Jahr der Datensammlung und -aufbereitung versucht werden, die **Daten für die zurückliegenden drei bis vier Jahre** auszuwerten (2005 bis 2007/08).

2. Monitoring ist kein Instrument, das sui generis Aussagekraft gewinnt. Es muss in den breiteren Rahmen der (kommunalen) Integrationspolitik und der Integrationsarbeit eingebettet werden. Dies gilt einerseits für die **Verzahnung** mit anderen Evaluierungsinstrumenten von Integrationsmaßnahmen (Projektelevaluierungen etc.) und

statistischen Berichtssystemen (Statistisches Jahrbuch, Mikrozensus, Bürgerbefragung etc.), andererseits für die Verknüpfung mit einem (kommunalen) Integrationskonzept und den darin formulierten integrationspolitischen Leitlinien.

3. Essenziell für die Implementierung und Akzeptanz eines Integrationsmonitorings ist die Verbindung des Monitorings mit einem **Integrationskonzept**, in dem die **Leitlinien und Ziele der Integrationspolitik** formuliert werden. Idealerweise *folgt* die Entwicklung und Implementierung des Monitorings der Entwicklung eines Integrationskonzepts, sodass die auszuweisenden Integrationsindikatoren den formulierten Integrationszielen angepasst bzw. aus ihnen abgeleitet werden können. In Frankfurt wurde der Auftrag für ein Monitoring vor der Entwicklung eines Integrationskonzeptes erteilt, mit der zwischenzeitlich aber ebenfalls begonnen wurde. Mit diesem sollte das Monitoring abgestimmt werden, bevor es zum ersten Mal veröffentlicht wird.

4. Die Kunst eines erfolgreichen Monitorings zeigt sich in der **Begrenzung der Indikatoren** auf eine überschaubare Anzahl der wichtigsten Kennziffern. Es gilt: weniger ist mehr. Die Anzahl der Indikatoren (ohne Hintergrunddaten) sollte 40 nicht übersteigen, um das Kriterium der Übersichtlichkeit und Nachvollziehbarkeit zu wahren.

5. Die **Adressaten** des Monitorings sollten vor der Umsetzung des Konzepts klar formuliert werden. Ein internes Monitoring, das sich vor allem an die Planer und Experten richtet, kann eine andere, differenziertere Struktur haben als eines, das sich an die Politik und Öffentlichkeit wendet, da es im letzteren Fall um eine Übersetzungsleistung komplexer Daten in auch der Allgemeinheit verständliche Aussagen geht. Es wird vorgeschlagen, für die gedruckte Veröffentlichung des Frankfurter Monitorings eine **allgemeine Variante** für eine größere Öffentlichkeit zu erstellen. Gegebenenfalls lässt sich diese allgemeine Variante durch eine **vertiefte** und stärker an Experten gerichtete Internet basierte **Fassung** ergänzen, in die z.B. statistische Erläuterungen, detaillierte Tabellen und vertiefte Interpretationen einfließen können, sodass das plakative Moment, das Indikatoren notwendigerweise eigen ist, in einen differenzierten Zusammenhang gestellt wird.

6. Monitoring ist **auf Dauer angelegt** und bedarf einer kontinuierlichen Zu- und Mitarbeit der beteiligten Akteure und Institutionen. Um **inhaltliche und personelle Kon-**

**tinuität** zu wahren, sollten zwei Dinge berücksichtigt werden: 1. Das AMKA und das Bürgeramt, Wahlen und Statistik sollten die federführenden Kooperationspartner bei der Umsetzung des Monitoring sein. 2. In jedem Amt, in dem Daten erhoben werden, sollte ein bestimmter Ansprechpartner für die Bereitstellung der Daten verantwortlich zeichnen.

7. Da es für den Begriff „**Migrationshintergrund**“ seit einigen Monaten eine konsensfähige bundesweite **Definition** gibt, sollte das Frankfurter Monitoring diese übernehmen und damit bei der Umsetzung dann einer allgemein akzeptierten Definition folgen.

8. Überall dort, wo die Indikatorenbildung nach Staatsangehörigkeit erfolgt, sollte dieses Merkmal fortgeschrieben werden, auch wenn die entsprechenden Daten entlang des Merkmals „Migrationshintergrund“ zur Verfügung stehen. Bei Einführung des Merkmals „Migrationshintergrund“ sollte der Indikator dann nach beiden Kriterien ausgewiesen werden. Zumindest für eine Übergangszeit ist daher die **Verwendung mehrerer statistischer Kategorien** sinnvoll.

9. Eine Verwendung multipler statistischer Kategorien ergibt sich aus kommunaler Ebene noch aus einem anderen Grund. Aus dem Einwohnermelderegister (Frankfurts) lassen sich Personen extrahieren, die im Ausland geboren und eingebürgert worden sind bzw. als Aussiedler eingewandert sind oder aufgrund des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes über zwei Staatsangehörigkeiten verfügen (Optionsdeutsche). Die Frankfurter Statistik führt diese Gruppe als „**Personen mit Migrationshinweis**“. Sie machten Ende 2006 11,6 Prozent der Frankfurter Wohnbevölkerung aus. Der Begriff „Migrationshinweis“ hebt sich inhaltlich und quantitativ deutlich vom Begriff „Migrationshintergrund“ ab, da er die „zweite Generation“ von Migranten weitgehend ausschließt. Insofern ist eine **trennscharfe begriffliche Bestimmung** auch mit Blick auf den Terminus „Migrationshinweis“ vonnöten, der für Indikatoren und Hintergrunddaten eine Rolle spielt, die auf das Melderegister zurückgehen.

10. Das Frankfurter Monitoring sollte perspektivisch **mit Monitoringsystemen anderer Kommunen** (bzw. des Landes Hessen und des Bundes) **abgestimmt werden**. Eine Koordination wäre sinnvoll, sodass nicht nur ähnliche Ziele verfolgt werden,

sondern auch ähnliche und vergleichbare Kennzahlen ausgewählt und ausgewiesen werden, einer gleichen Definition des Begriffs „Migrationshintergrund“ gefolgt wird und so das analytische Potential realisiert werden kann, dass sich aus einem Vergleich unterschiedlicher Kommunen ergibt, der nur möglich ist, wenn konzeptionelle und begriffliche Gleichheit gegeben ist.

11. **Zeitplan der Umsetzung:** Der Bericht sollte jeweils in der zweiten Jahreshälfte vorgelegt werden, sodass die Daten des jeweiligen Vorjahres noch einfließen können und so ein hohes Maß an Aktualität gewahrt bleibt.

12. Es wird vorgeschlagen, die Daten und die auf den Daten beruhenden **Indikatoren jährlich** fortzuschreiben, aber nur **zweijährlich** eine detaillierte **Berichterstattung** vorzulegen. Da für die Interpretation die längerfristigen Trends, nicht die jährlichen Abweichungen relevant sind, erscheint ein zweijähriger Berichtsmodus sinnvoll.

13. Die **Präsentation der Indikatoren** sollte einem einheitlichen Schema folgen, nämlich erst einer quantitativen (Quote/Tabelle), dann einer visuellen (Grafik) und schließlich einer textlichen Darstellung.

14. Für die Diskussion der Indikatoren und die zweijährlich erfolgende Interpretation der durch das Monitoring aufgezeigten Trends sollte ein **stehendes Gremium** aus Fachleuten einzelner Frankfurter Ämter und Institutionen gebildet werden. Dies würde nicht nur gewährleisten, dass Interpretationen konsensuell erarbeitet werden können, sondern auch das Fachwissen der Einzelverwaltungen für eine sachgemäße Interpretation der Daten mobilisieren. Darüber hinaus würde die Einrichtung einer solchen Arbeitsgruppe, die Kooperation in und die Identifikation mit dem Projekt stärken.

15. Es sollte erwogen werden, die Vorlage für die zweijährliche **Berichterstattung** (Textfassung des Monitorings/Interpretation der Daten und ihrer Trends) durch eine **externe Institution** oder Person begleiten zu lassen, um einen kritischen und unabhängigen Blick zu garantieren, der nicht durch Partikularinteressen eines einzelnen Amtes geprägt ist.

16. Das Monitoring muss in den ersten Jahren ein hohes Maß an **Flexibilität** wahren, was die dargestellten Themenbereiche und die ausgewählten Indikatoren anbelangt. Eine endgültige Auswahl der Themenbereiche und Indikatoren kann voraussichtlich erst im Laufe der nächsten zwei bis vier Jahre vorgenommen werden, da die Erfassungskategorien (Staatsangehörigkeit/Migrationshintergrund) im Wandel sind, einige Institutionen erst in Zukunft beginnen nach solchen Kategorien zu erheben oder es noch administrativer oder legislativer Änderungen bedarf, um überhaupt die benötigten Daten zu generieren. Bei dem vorgeschlagenen Katalog von Indikatoren handelt es sich also nicht um eine geschlossene Sammlung. Es müssen Platzhalter für zukünftige Indikatoren beibehalten werden. Jedoch sollte darauf geachtet werden, ein möglichst hohes Maß an **Kontinuität und Kohärenz** zu wahren, sodass die Analyse von Entwicklungen und Trends ermöglicht wird. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu dieser Kohärenz ist auch die Abstimmung des Monitorings mit dem in Arbeit befindlichen Frankfurter Integrations- und Diversitätskonzept.

17. Die Frankfurter **Bürgerbefragung** könnte zukünftig modifiziert werden, um so fehlende **Daten** für das Monitoring zu generieren. Zum Beispiel könnten nach Vereinsmitgliedschaften gefragt werden, um so Daten für die zivilgesellschaftliche Partizipation zu erhalten. Auch sollten Anstrengungen unternommen werden, den Rücklauf der Fragebögen unter der Personengruppe mit Migrationshintergrund zu erhöhen.

18. Die Bürgerbefragung könnte auch genutzt werden, um demoskopische Daten über das **Integrationsklima** in Frankfurt zu erheben. Dies könnte z.B. geschehen, indem die nächste Bürgerbefragung mit dem zukünftigen **Integrationsbarometer** des neuen Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration abgestimmt wird und einige Fragen des Integrationsbarometers übernommen werden. Das bundesweite Integrationsbarometer wird erstmals im Frühjahr 2010 vorgelegt werden. Die Daten hierfür werden in der zweiten Hälfte des Jahres 2009 erhoben. Der Fragebogen ist zurzeit (Februar 2009) noch in der Entwicklungsphase.

19. Eine Auswahl von Indikatoren könnte zu einem **Integrationsindex** verdichtet werden, der analog zu Indizes im Bereich der Wirtschaft (z.B. Lebenshaltungskostenindex, Aktienindex, Investitionsklimaindex) aus z.B. elf (gewichteten) Indikatoren ge-

bildet wird. Der Index würde in nur einer Zahl das Auf und Ab des Integrationsgeschehens in Frankfurt abbilden. Er könnte aus den folgenden elf Indikatoren gebildet werden: Einbürgerungsquote, Quote der Hauptschul-Achtklässler, Quote der Gymnasialachtklässler, Abiturientenquote, Ausbildungsquote, Erwerbsbeteiligungsquote, Arbeitslosenquote, Bezugsquote von Leistungen nach SGB II und SGB XII, Quote der Inanspruchnahme der U8, Quote der Stadtverordneten mit Migrationshintergrund, Quote der Beschäftigten mit Migrationshintergrund bei der Stadtverwaltung/in städtischen Betrieben. Wird ein Integrationsindex gebildet, so sollte dieser erst nach den ersten sechs Jahren öffentlich gemacht werden, um intern seine Validität über die Zeit zu prüfen und der Gefahr vorzubeugen, dass sich das mediale Interesse auf nur eine komprimierte Zahl verengt.

**20. Allgemeine Aussagen** sollten bei der Indikatorenbildung und -auswahl stets dem Speziellen vorausgehen. Dies gilt insbesondere auch mit Blick auf die nachvollziehbaren Wünsche und Interessen einzelner Fachverwaltungen und Ämter, das Monitoring für ihre eigenen (berechtigten) Partikularinteressen in Anspruch zu nehmen.



## IX. Daten- und Literaturliste

Amt für Wohnungswesen Frankfurt am Main: Kommunale Wohnraumversorgung. Jahresbericht 2006. Frankfurt 2007.

Amt für Wohnungswesen Frankfurt am Main: Wohnungsmarkt-Bericht 2006. Frankfurt 2007.

BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2008): Integrationspotential – Evaluation und Qualitätssicherung. [www.integration-in-deutschland.de](http://www.integration-in-deutschland.de).

Baringhorst, Sigrid, Uwe Hunger und Karen Schönwälder, Karen (Hg.): Politische Steuerung von Integrationsprozessen. Intentionen und Wirkungen. Wiesbaden 2006.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: Indikatorenset für ein bundesweites Integrationsmonitoring. Berlin 2008.

Bertelsmann Stiftung: Kernkennzahlen Integration. In Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW, MGFFI NRW und GEBIT. Gütersloh 2006.

Bertelsmann Stiftung/Bundesministerium des Inneren (Hg.): Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik. Gütersloh 2005.

Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration (Hg.): Indikatoren zur Messung von Integrationserfolgen. Berlin 2007.

Bürgeramt, Statistik und Wahlen: Leben in Frankfurt am Main. Repräsentative Bürgerbefragung 2007 der Stadt Frankfurt am Main. Frankfurt 2008.

Bürgeramt, Statistik und Wahlen: Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2004-2007. Frankfurt am Main 2005 ff.

Diefenbach, Heike und Weiß, Anja: Menschen mit Migrationshintergrund. Datenerfassung in der Integrationsberichterstattung. Gutachten im Auftrag der Stelle für Interkulturelle Arbeit und des Statistischen Amtes der Landeshauptstadt München. München 2006.

Entzinger, Han und Renske Biezeveld: Benchmarking in Immigrant Integration. Rotterdam 2003. (Bericht für die Europäische Kommission)

Filsinger, Dieter: Kommunale Integrationsberichterstattung. Saarbrücken 2007.

Filsinger, Dieter: Bedingungen erfolgreicher Integration – Integrationsmonitoring und Evaluation, Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2008.

Gesemann, Frank: Lokales Integrationsmonitoring - Ein geeignetes Instrument zur Förderung gleicher Bildungschancen? ([http://www.migration-boell.de/web/integration/47\\_1470.asp](http://www.migration-boell.de/web/integration/47_1470.asp)).



Gesemann, Frank und Roland Roth (2008): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen Wiesbaden 2008.

Hauser, Richard (2002): Soziale Indikatoren als Element der offenen Methode der Koordinierung zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in der Europäischen Union. Zeitschrift für Sozialreform 48. Heft 3/2002. S. 251-261.

KGSt – Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (Hg.) (2006): Integrationsmonitoring. Materialien 2/2006.

Kindergesundheit in Frankfurt. Daten des Stadtgesundheitsamtes 2002-2006. Frankfurt 2008.

Kuhnke, Ralf: Indikatoren zur Erfassung des Migrationshintergrundes. Arbeitsbericht im Rahmen der Dokumentationsreihe: Methodische Erträge aus dem „DJI-Übergangspanel“. Arbeitspapier 2/2006 des Forschungsschwerpunkts Übergänge in Arbeit. München 2006.

Landeshauptstadt Wiesbaden (Hg.): Wiesbadener Monitoringsystem zur Ausländerintegration. Bericht 2004. Wiesbaden 2004.

Lüken-Claßen, Doris: Kommunale Wohnpolitik zur Integration von Migranten in Frankfurt am Main. Bericht im Rahmen des europäischen Städtenetzwerkes CLIP: Cities for Local Integration Policies. Bamberg 2007.

Niessen, Jan und Yongmi Schibel: Handbuch zur Integration für Entscheidungsträger und Praktiker. Köln/Berlin 2005.

Ohliger, Rainer (2007): Zuwandererintegration und -monitoring in Deutschland: Ergebnisse im Rahmen eines Projekts, in: Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration (Hg.): Indikatoren zur Messung von Integrationserfolgen. Berlin. S. 18-28.

Rhein-Main Jobcenter GmbH: Migration und Umsetzung des SGB II-Auftrages für Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund in Frankfurt am Main. Position & Handlungsfelder der Rhein-Main Jobcenter GmbH. Frankfurt 2008.

Santel, Bernhard: Integrationsmonitoring. Neue Wege in Nordrhein-Westfalen. Rat für Migration. Politische Essays zu Migration und Integration 2/2008 (<http://www.rat-fuer-migration.de/PDF/Santel-Integrationsmonitoring.pdf>).

Siegert, Michael: Integrationsmonitoring – State of the Art in internationaler Perspektive. Studie im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf), Nürnberg. Überarbeitete Fassung vom 23. Juni 2006. Bamberg: Europäisches Forum für Migrationsstudien Bamberg 2006.

Söhn, Janina und Veysel Özcan: Bildungsdaten und Migrationshintergrund: Eine Bilanz, in: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.): Migrationshintergrund von Kindern und Jugendlichen: Wege zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik. Berlin/Bonn 2006. S. 117-128.

## Hauptteil B: Detaillierte Erläuterung der einzelnen Indikatoren

### Themenfeld: Recht

<b>Nummer des Indikators</b>	1.1.
<b>Themenfeld</b>	Recht
<b>Name des Indikators</b>	Einbürgerungsquote
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der eingebürgerten Ausländer geteilt durch die Anzahl aller nicht-deutschen Staatsangehörigen mit Einbürgerungsanspruch alternativ: Anzahl der eingebürgerten Ausländer geteilt durch die Anzahl aller nicht-deutschen Staatsangehörigen
<b>Quelle/Amt</b>	Bürgeramt, Statistik und Wahlen
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Berechnung aus Daten des Amtes für Bürger, Statistik und Wahlen/des Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Staatsangehörigkeit (nur nicht-deutsche Staatsangehörige s. Anmerkungen)
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- per definitionem lässt sich dieser Indikator nur für (eingebürgerte) Ausländer, nicht für Personen mit Migrationshintergrund ausweisen. Es gibt kein Pendant dieses Indikators auf Seiten der Personen ohne Migrationshintergrund</li> <li>- die Quote sollte separat nach EU-Bürgern und Drittstaatsangehörigen ausgewiesen werden, da das Einbürgerungsverhalten der beiden Gruppen stark abweicht</li> <li>- Voraussetzung für Einbürgerungsanspruch: Mindestalter 16 Jahre, rechtmäßiger Aufenthalt in Deutschland von mindestens acht Jahren oder Unionsbürger mit Freizügigkeit</li> <li>- die Einbürgerung von Aussiedlern wird nicht abgebildet, da die Bezugsgröße (Nenner) der „Ausländer“ sie nicht umfasst: bei der Berechnung muss daher darauf geachtet werden, dass Aussiedler nicht in die Gesamtzahl der Eingebürgerten einfließen (Zähler)</li> </ul>

<b>Nummer des Indikators</b>	1.2.
<b>Themenfeld</b>	Recht
<b>Name des Indikators</b>	Quote des Einbürgerungspotentials
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der einbürgerungsberechtigten nicht-deutschen Staatsangehörigen geteilt durch die Anzahl aller nicht-deutschen Staatsangehörigen
<b>Quelle/Amt</b>	Bürgeramt, Statistik und Wahlen
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Berechnung aus Daten des Amtes für Bürger, Statistik und Wahlen/des Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Staatsangehörigkeit
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	siehe 1.1.

<b>Nummer des Indikators</b>	1.3.
<b>Themenfeld</b>	Recht
<b>Name des Indikators</b>	Quote der rechtsextrem motivierten Straftaten (pro 10.000 Einwohner)
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der rechtsextrem motivierten Straftaten x 10.000 geteilt durch die Gesamtzahl der Frankfurter Bevölkerung
<b>Quelle/Amt</b>	Regionale Kriminalitätsstatistik der Polizeipräsidien in Hessen, Polizeipräsidium Frankfurt, Polizeiliche Kriminalstatistik 2007 Teil 2, S. 218 [(Link: Statistik, Kriminalstatistik, Regional)]
<b>Verfügbarkeit</b>	online verfügbar
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Staatsangehörigkeit
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- polizeistatistische Daten für Hessen stehen seit 2003 im Netz zur Verfügung; regionale Auswertung für das Polizeipräsidium Frankfurt unter:  <a href="http://www.polizei.hessen.de/internetzentral/broker.jsp?uTem=bff71055-bb1d-50f1-2860-72700266cb59&amp;uCon=90f10ea7-935c-4901-2892-8f1edad490cf&amp;uBasVariantCon=ed83d448-9a76-4e11-8a5b-28e46ce02000">http://www.polizei.hessen.de/internetzentral/broker.jsp?uTem=bff71055-bb1d-50f1-2860-72700266cb59&amp;uCon=90f10ea7-935c-4901-2892-8f1edad490cf&amp;uBasVariantCon=ed83d448-9a76-4e11-8a5b-28e46ce02000</a></li> <li>- ev. absolute Zahlen der rechtsextrem motivierten Delikte mit angeben, da diese im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung recht niedrig liegen (2007: 198)</li> <li>- antisemitische Straftaten (2007: 26) sollten rausgerechnet werden, da sie nicht notwendigerweise einen rechtsextremen Hintergrund haben</li> <li>- alternative Quote: Verhältnis der rechtsextremen Straftaten zur Anzahl der ausländischen Bevölkerung: solch eine Berechnung ist allerdings problematisch, da rechtsextrem motivierte Straftaten auch gegen Eingebürgerte/Einheimische vorgenommen werden können und die Mehrzahl der Delikte nicht personenbezogen ist, sondern es sich um Propagandadelikte handelt (2007: 119)</li> </ul>

<b>Nummer des Indikators</b>	1.4.
<b>Themenfeld</b>	Recht
<b>Name des Indikators</b>	Gewaltkriminalitätsquote
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der deutschen/nicht-deutschen verdächtigen Gewaltkriminalitätstäter geteilt durch die Anzahl der deutschen/nicht-deutschen Personen über 14 Jahre
<b>Quelle/Amt</b>	Regionale Kriminalitätsstatistik der Polizeipräsidien in Hessen, Polizeipräsidium Frankfurt, Polizeiliche Kriminalstatistik 2007 Teil 2, S. 204) [(Link: Statistik, Kriminalstatistik, Regional)]
<b>Verfügbarkeit</b>	online verfügbar
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Staatsangehörigkeit
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- herangezogen wird nicht die allgemeine Kriminalitätsstatistik, sondern jene für Gewaltdelikte, d.h. Mord/Totschlag, Vergewaltigung und besonders schwere Fälle sexueller Nötigung, Raub/räuberische Erpressung, gefährliche und schwere Körperverletzung, erpresserischer Menschenraub und Geiselnahme, sodass gruppenspezifische Delikte (z.B. Verstöße gegen das Ausländer- oder Aufenthaltsgesetz) nicht zu verzerrten Aussagen führen können.</li> <li>- der Indikator besitzt nur begrenzte Aussagekraft, da Gewaltdelikte nur gut drei Prozent der Gesamtkriminalität (2007: 3,1%) ausmachen</li> <li>- die Quote sollte nach Geschlecht und nach Altersgruppen ausgewiesen werden, jedoch stehen die Daten nach Alter und Geschlecht in der angegebenen Quelle nur für Gesamthessen zur Verfügung, sodass eine Sonderauswertung für Frankfurt beantragt werden müsste</li> <li>- Straftaten, die von nicht in Deutschland melderechtlich registrierten Personen begangen werden, sollten herausgerechnet werden, da hier die Grundgesamtheit nicht bekannt ist</li> </ul>

## Themenfeld: Sprache

<b>Nummer des Indikators</b>	2.5.
<b>Themenfeld</b>	Sprache
<b>Name des Indikators</b>	Quote von Kindern mit Migrationshintergrund in Vorlaufkursen
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der Kinder nicht-deutscher Staatsangehörigkeit (Migrationshintergrund) in Vorlaufkursen geteilt durch die Anzahl der einzuschulenden Kinder nicht-deutscher Staatsangehörigkeit (alternativ: Anzahl der einzuschulenden Kinder)
<b>Quelle/Amt</b>	Kultusministerium des Landes Hessen
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Berechnung aus Daten des Kultusministerium des Landes Hessen
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Staatsangehörigkeit
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- die Prüfung erfolgt bei der Schulvoranmeldung, also ein Jahr vor Einschulung; Durchführung eines Sprach-, Entwicklungs- und motorischen Tests durch die Schule bzw. in Kooperation von Kindergarten und Schule; aufgrund des Testergebnisses wird gegebenenfalls eine Empfehlung für den Besuch eines Vorlaufkurses ausgesprochen</li> <li>- hohe Akzeptanz der Empfehlungen (über 95% der Kinder mit einer Empfehlung besuchen die Kurse)</li> <li>- Anzahl der Kurse und Anzahl der Kursteilnehmer wird erfasst</li> <li>- Nationalität der Eltern wird erhoben: ca. 10% Eingebürgerte</li> <li>- da nicht strikt nach entweder Staatsangehörigkeit oder Migrationshintergrund erhoben wird, ist die Berechnung des Indikators vage bzw. für Fehler anfällig</li> <li>- die Familiensprache oder der Migrationshintergrund wird nicht erhoben, da der Datenschutz sich dagegen ausspricht</li> <li>- vorheriger Kindergartenbesuch wird abgefragt</li> <li>- Abschlussprüfung am Ende des Kurses: bei Nichtbestehen Schulrückstellung</li> <li>- die Teilnahme an den Kursen beruht auf Freiwilligkeit, sodass die Daten keine Aussagen über die Gesamtgruppe der einzuschulenden nicht-deutschen Schüler erlaubt: der Indikator ist daher nur eine grobe Annäherung an das Kriterium Sprachfähigkeit im Vorschulalter, da die Daten nicht repräsentativ sind</li> <li>- regionalisierte Daten für Frankfurt können beim Kultusministerium angefragt werden</li> <li>- die Interpretation des Indikators ist schwierig bzw. uneindeutig: bedeutet eine steigende Teilnehmerquote einen Erfolg (=steigende Akzeptanz des Angebots) oder einen Misserfolg (=sich verschlechternde Deutschkenntnisse der betroffenen Gruppen)?</li> </ul>

	<p>- da das Instrument der Vorlaufkurse bereits existiert und angenommen wird, könnte der Indikator auf den Anteil der Kinder bezogen werden, die aus sprachlichen Gründen von der Einschulung zurückgestellt werden</p>
--	--

<b>Nummer des Indikators</b>	2.6.
<b>Themenfeld</b>	Sprache
<b>Name des Indikators</b>	Quote der bestandenen Prüfungen unter Teilnehmern der durch das Bundesamt für Flüchtlinge und Migration in Frankfurt geförderten Sprach- und Orientierungskurse
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der erfolgreichen Prüfungen geteilt durch Gesamtprüfungen)
<b>Quelle/Amt</b>	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)
<b>Verfügbarkeit</b>	nein, erst ab Mitte 2009 auf Anfrage
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Staatsangehörigkeit
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- die Teilnehmer der Sprachkurse werden nach dem Ort des Kurses, nicht nach dem Wohnort der Teilnehmer kodiert, sodass kein ganz eindeutiger Rückschluss auf die Bevölkerung Frankfurts gezogen werden kann: Sprachkursteilnehmer können aus dem Umland nach Frankfurt kommen oder aber aus Frankfurt ins Umland gehen</li> <li>- regionalisierte Daten sind erst ab Mitte 2009 verfügbar: sie können durch das AMKA schriftlich beim BAMF angefragt werden</li> <li>- ev. sollten die Daten nach Neuzuwanderern und Bestandsausländern untergliedert werden, wobei die Zahl der Neuzuwanderer zurzeit allerdings gering ist, was sich perspektivisch aber wieder ändern könnte</li> <li>- bei dem Anteil der erfolgreichen Prüfung muss berücksichtigt werden, wie sich Regelungen zur verpflichtenden Sprachprüfung ändern</li> </ul>



## Themenfeld: (Aus-)Bildung, Erziehung und Schule

<b>Nummer des Indikators</b>	3.7.
<b>Themenfeld</b>	(Aus-)Bildung, Erziehung und Schule
<b>Name des Indikators</b>	Kindergartenbesuchsquote (Kindergartenbesuch von Kindern mit/ohne Migrationshintergrund nach Alterskohorten)
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der Kindergartenkinder einer Alterstufe/Geburtskohorte mit und ohne Migrationshintergrund geteilt durch die gesamte Anzahl der Kindergartenkinder der jeweiligen Alterskohorte mit und ohne Migrationshintergrund
<b>Quelle/Amt</b>	Kinder- und Jugendhilfestatistik des Bundes, die durch die Statistischen Landesämter erhoben und ausgewertet (Stichtag der Erhebung: 15. März)
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar ab 2006
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Migrationshintergrund
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ermittlung durch Fragebögen, die an Kindergärten und an Einrichtungen der Kindertagesbetreuung versandt und von Erziehern/innen ausgefüllt werden: daher sind die Daten, insbesondere mit Blick auf den Migrationshintergrund der Kinder mit Vorsicht zu interpretieren; Stichtag jeweils 15. März</li> <li>- Die Erhebung des Migrationshintergrundes weicht von der Definition des Mikrozensus' ab: 1. Geburtsort mindestens eines Elternteils im Ausland 2. wird neben dem Geburtsort der Eltern auch die (nicht-deutsche) Familiensprache erhoben</li> <li>- da die Kinder- und Jugendhilfestatistik und das Bürgeramt, Statistik und Wahlen unterschiedlichen Definitionen von Migrationshintergrund folgen, lässt sich die Besuchsquote nicht im Verhältnis zur Gesamtzahl der Frankfurter Kinder, sondern nur im Verhältnis zur Zahl der in der Umfrage erfassten Kindergartenkinder errechnen</li> </ul>

<b>Nummer des Indikators</b>	3.8.
<b>Themenfeld</b>	(Aus-)Bildung, Erziehung und Schule
<b>Name des Indikators</b>	Quote der Hauptschul-Achtklässler mit deutscher/nicht-deutscher Staatsangehörigkeit
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der Hauptschul-Achtklässler/innen mit deutscher/nicht-deutscher Staatsangehörigkeit geteilt durch die Anzahl der jeweiligen Geburtskohorte deutscher/nicht-deutscher Schüler (alternativ: Anzahl der Hauptschul-Achtklässler/innen mit deutscher/nicht-deutscher Staatsangehörigkeit geteilt durch die Gesamtzahl der Hauptschul-Achtklässler/innen)
<b>Quelle/Amt</b>	Staatliches Schulamt; Bürgeramt, Statistik und Wahlen
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Berechnung aus Daten des Staatlichen Schulamtes/des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Staatsangehörigkeit
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- die Auswahl fällt auf Achtklässler, um einen bundesweiten Vergleich des Indikators zu ermöglichen: in Bundesländern mit sechsjähriger Grundschulzeit (z.B. Berlin) wurde die 8. Klasse (für Hauptschüler) gewählt, da sie genau in der Mitte zwischen dem Übergang von der Grundschule zur Hauptschule bzw. dem Übergang von der Schule in den Arbeitsmarkt liegt</li> <li>- es muss entschieden werden, ob die Berechnungsgrundlage die jeweilige Geburtskohorte oder die Gesamtzahl der Schüler ist; eine Kohortenberechnung ist aufwändiger, aber aussagekräftiger</li> <li>- ab der Geburtskohorte 2000 muss berücksichtigt werden, dass Kinder ausländischer Eltern in der Regel (auch) die deutsche Staatsangehörigkeit haben, d.h. die Berechnungsgrundlagen/Grundgesamtheiten ändern sich aufgrund der Gesetzesänderung in der Vergangenheit: dies wird auf den Indikator voraussichtlich einen signifikanten Einfluss haben. Es ist daher dringend zu empfehlen, die in der Schulstatistik von den Bundesländern vereinbarte Erfassung des Migrationshintergrundes an dieser Stelle zu nutzen.</li> <li>- die Daten können durch Wiederholer geringfügig verzerrt werden</li> </ul>

<b>Nummer des Indikators</b>	3.9.
<b>Themenfeld</b>	(Aus-)Bildung, Erziehung und Schule
<b>Name des Indikators</b>	Quote der Gymnasialachtklässler mit deutscher/nicht-deutscher Staatsangehörigkeit
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der Gymnasialachtklässler mit deutscher/nicht-deutscher Staatsangehörigkeit geteilt durch die Anzahl der jeweiligen Geburtskohorte deutscher/nicht-deutscher Schüler (alternativ: Anzahl der Gymnasialachtklässler mit deutscher/nicht-deutscher Staatsangehörigkeit geteilt durch die Gesamtzahl der Gymnasialachtklässler)
<b>Quelle/Amt</b>	Staatliches Schulamt; Bürgeramt, Statistik und Wahlen
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Berechnung aus Daten des Staatlichen Schulamtes/des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Staatsangehörigkeit
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- es muss entschieden werden, ob die Berechnungsgrundlage die jeweilige Geburtskohorte oder die Gesamtzahl der Schüler ist; eine Kohortenberechnung ist aufwändiger, aber aussagekräftiger</li> <li>- ab der Geburtskohorte 2000 muss berücksichtigt werden, dass Kinder ausländischer Eltern in der Regel (auch) die deutsche Staatsangehörigkeit haben, d.h. die Berechnungsgrundlagen/Grundgesamtheiten ändern sich aufgrund der Gesetzesänderung in der Vergangenheit: dies wird auf den Indikator voraussichtlich einen signifikanten Einfluss haben. Es ist daher dringend zu empfehlen, die in der Schulstatistik von den Bundesländern vereinbarte Erfassung des Migrationshintergrundes an dieser Stelle zu nutzen.</li> <li>- die Daten können durch Wiederholer geringfügig verzerrt werden</li> <li>- alternativ/additiv könnte die Quote für die Schüler der 11. oder 12. Jahrgangstufe ermittelt werden, um auch jene Schüler einzubeziehen, die aus anderen Schultypen in die gymnasiale Oberstufe wechseln: allerdings ist dann keine unmittelbare Vergleichbarkeit mehr mit dem Indikator 3.8. gegeben</li> </ul>

<b>Nummer des Indikators</b>	3.10.
<b>Themenfeld</b>	(Aus-)Bildung, Erziehung und Schule
<b>Name des Indikators</b>	Quote der Förder- und Hauptschulabgänger/innen ohne Schulabschluss mit deutscher/nicht-deutscher Staatsangehörigkeit
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der Förder- und Hauptschulabgänger/innen ohne Schulabschluss mit deutscher/nicht-deutscher Staatsangehörigkeit geteilt durch die Anzahl der jeweiligen Geburtskohorte deutscher/nicht-deutscher Schüler (alternativ: Anzahl der Förder- und Hauptschulabgänger/innen ohne Schulabschluss mit deutscher/nicht-deutscher Staatsangehörigkeit geteilt durch die Gesamtzahl der Förder- und Hauptschulabgänger/innen oder alternativ: Anzahl der Förder- und Hauptschulabgänger/innen ohne Schulabschluss mit deutscher/nicht-deutscher Staatsangehörigkeit geteilt durch die Zahl der 16jährigen)
<b>Quelle/Amt</b>	Staatliches Schulamt; Bürgeramt, Statistik und Wahlen
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Berechnung aus Daten des Staatlichen Schulamtes/des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Staatsangehörigkeit
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- es muss entschieden werden, ob die Berechnungsgrundlage die jeweilige Geburtskohorte oder die Gesamtzahl der Schüler/innen ist; eine Kohortenberechnung ist aufwändiger, aber aussagekräftiger</li> <li>- ab der Geburtskohorte 2000 muss berücksichtigt werden, dass Kinder ausländischer Eltern in der Regel (auch) die deutsche Staatsangehörigkeit haben, d.h. die Berechnungsgrundlagen/Grundgesamtheiten ändern sich aufgrund der Gesetzesänderung in der Vergangenheit: dies wird auf den Indikator voraussichtlich einen signifikanten Einfluss haben. Es ist daher dringend zu empfehlen, die in der Schulstatistik von den Bundesländern vereinbarte Erfassung des Migrationshintergrundes an dieser Stelle zu nutzen.</li> <li>- die Daten können durch Wiederholer geringfügig verzerrt werden</li> </ul>

<b>Nummer des Indikators</b>	3.11.
<b>Themenfeld</b>	(Aus-)Bildung, Erziehung und Schule
<b>Name des Indikators</b>	Abiturientenquote [Quote der Schulabgänger/innen mit Hochschulzugangsberechtigung (=Fachabitur/Abitur) mit deutscher und nicht-deutscher Staatsangehörigkeit]
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der Schulabgänger/innen mit Hochschulzugangsberechtigung (Fachabitur/Abitur) mit deutscher/nicht-deutscher Staatsangehörigkeit geteilt durch die Anzahl der jeweiligen Geburtskohorte deutscher/nicht-deutscher Schüler
<b>Quelle/Amt</b>	Staatliches Schulamt; Bürgeramt, Statistik und Wahlen
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Berechnung aus Daten des Staatlichen Schulamtes/des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Staatsangehörigkeit
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- es muss entschieden werden, ob die Berechnungsgrundlage die jeweilige Geburtskohorte oder die Gesamtzahl der Schüler ist; eine Kohortenberechnung ist aufwändiger, aber aussagekräftiger</li> <li>- ab der Geburtskohorte 2000 muss berücksichtigt werden, dass Kinder ausländischer Eltern in der Regel (auch) die deutsche Staatsangehörigkeit haben, d.h. die Berechnungsgrundlagen/Grundgesamtheiten ändern sich aufgrund der Gesetzesänderung in der Vergangenheit: dies wird auf den Indikator voraussichtlich einen signifikanten Einfluss haben. Es ist daher dringend zu empfehlen, die in der Schulstatistik von den Bundesländern vereinbarte Erfassung des Migrationshintergrundes an dieser Stelle zu nutzen.</li> <li>- die Daten können durch Wiederholer geringfügig verzerrt werden</li> </ul>

<b>Nummer des Indikators</b>	3.12.
<b>Themenfeld</b>	(Aus-)Bildung, Erziehung und Schule
<b>Name des Indikators</b>	Schulabgangsquote von Berufsfachschulen und beruflichen Gymnasien
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der Schulabgänger/innen von Berufsfachschulen und beruflichen Gymnasien mit Abschluss an der Gesamtzahl der Schulabgänger/innen mit einem solchen Abschluss)
<b>Quelle/Amt</b>	Staatliches Schulamt
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Berechnung aus Daten des Staatlichen Schulamtes
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Staatsangehörigkeit
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	- da die absoluten Schülerzahlen an diesen Schulformen sehr gering sind, ist die Relevanz des Indikators fraglich; allerdings liegt die Anzahl der nicht-deutschen Schüler/innen an dieser Schulform sehr viel höher, sodass der Indikator mit Blick auf die Selektivität des Schulwesens von Interesse sein könnte

<b>Nummer des Indikators</b>	3.13a.
<b>Themenfeld</b>	(Aus-)Bildung, Erziehung und Schule
<b>Name des Indikators</b>	Ausbildungsbeteiligungsquote
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl Auszubildender mit deutscher/nicht-deutscher Staatsangehörigkeit geteilt durch die Anzahl der Jugendlichen mit deutscher/nicht-deutscher Staatsangehörigkeit einer bestimmten Altersgruppe, z.B. 16-25 Jahre
<b>Quelle/Amt</b>	Mikrozensus [alternativ: Daten der Bundesagentur für Arbeit/der Kammern (IHK/Handwerkskammer) und des Bürgeramts, Statistik und Wahlen]
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Berechnung aus Daten des Mikrozensus'
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Staatsangehörigkeit
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- die Ausbildungsbeteiligung ist derzeit schwer zu erheben, bislang nur über den Mikrozensus oder eigene Berechnungen: daher alternativ: Ausbildungsquote ausweisen (13b)</li> <li>- Mikrozensus-Daten müssen regional ausgewertet werden</li> <li>- nur kleine Grundgesamtheit im Mikrozensus für Frankfurt/Main</li> <li>- Verzerrung der regionalen Zahlen möglich, da sowohl Jugendliche aus dem Umland in Frankfurt ihre Ausbildung absolvieren, als auch Frankfurter Jugendliche außerhalb Frankfurts eine Ausbildung machen (=Wohnort entspricht nicht dem Ausbildungsort)</li> </ul>

<b>Nummer des Indikators</b>	3.13b.
<b>Themenfeld</b>	(Aus-)Bildung, Erziehung und Schule
<b>Name des Indikators</b>	Ausbildungsquote
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der Auszubildenden mit deutscher/nicht-deutscher Staatsangehörigkeit an der Gesamtzahl aller Auszubildenden
<b>Quelle/Amt</b>	Agentur für Arbeit, Frankfurt/Main; Kammern (IHK/Handwerkskammer), Bürgeramt, Statistik und Wahlen
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Berechnung aus Daten der Agentur für Arbeit, Frankfurt/Main
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Staatsangehörigkeit
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	- die Ausbildungsquote ist weniger aussagekräftig als die Ausbildungsbeteiligungsquote, da sie keine kohortenspezifischen Aussagen erlaubt

<b>Nummer des Indikators</b>	3.14.
<b>Themenfeld</b>	(Aus-)Bildung, Erziehung und Schule
<b>Name des Indikators</b>	Ausbildungserfolgsquote
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der bestandenen Abschlussprüfungen von deutschen/nicht-deutschen jugendlichen Auszubildenden geteilt durch die Gesamtzahl der abgelegten Prüfungen der jeweiligen Gruppe
<b>Quelle/Amt</b>	Agentur für Arbeit, Frankfurt/Main; Kammern (IHK/Handwerkskammer)
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Berechnung aus Daten der Agentur für Arbeit, Frankfurt/Main
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Staatsangehörigkeit
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	- keine

<b>Nummer des Indikators</b>	3.15.
<b>Themenfeld</b>	(Aus-)Bildung, Erziehung und Schule
<b>Name des Indikators</b>	Studienquote
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der deutschen/nicht-deutschen Studierenden an der Gesamtzahl der Studierenden in Frankfurt
<b>Quelle/Amt</b>	Statistisches Landesamt
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Berechnung aus Daten des Statistischen Landesamtes
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Staatsangehörigkeit
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- die Daten sollten getrennt nach Bildungsinländern und Bildungsausländern ausgewertet werden, also nach jenen Personen nicht-deutscher Staatsangehörigkeit, die nur zu Bildungszwecken nach Deutschland kommen (Bildungsausländer) und jenen, die in Deutschland aufgewachsen sind/in Deutschland ihre Hochschulreife erworben haben (Bildungsinländer)</li> <li>- erlaubt keine kohortenspezifischen Aussagen</li> </ul>

<b>Nummer des Indikators</b>	3.16.
<b>Themenfeld</b>	(Aus-)Bildung, Erziehung und Schule
<b>Name des Indikators</b>	Hochschulabsolventenquote
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der deutschen/nicht-deutschen Absolventen/innen an den Universitäten und Fachhochschulen in Frankfurt/Main geteilt durch die Gesamtzahl der Absolventen/innen
<b>Quelle/Amt</b>	Hessisches Statistisches Landesamt
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Berechnung aus Daten des Hessischen Statistischen Landesamtes
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Staatsangehörigkeit
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	siehe 3.15.



## Themenfeld: Arbeit und Wirtschaft

<b>Nummer des Indikators</b>	4.17.
<b>Themenfeld</b>	Arbeit und Wirtschaft
<b>Name des Indikators</b>	Erwerbsbeteiligungsquote
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der Erwerbspersonen mit deutscher/nicht-deutscher Staatsangehörigkeit geteilt durch die Anzahl der Personen mit deutscher/nicht-deutscher Staatsangehörigkeit im erwerbsfähigen Alter (16-65 Jahre)
<b>Quelle/Amt</b>	Agentur für Arbeit, Frankfurt/Main, Bürgeramt Statistik und Wahlen
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Berechnung aus Daten der Agentur für Arbeit, Frankfurt/Main/des Bürgeramtes Statistik und Wahlen
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Staatsangehörigkeit
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	- die Bundesagentur wird in Zukunft das Merkmal Migrationshintergrund erheben, die gesetzliche Grundlage hierfür liegt vor

<b>Nummer des Indikators</b>	4.18.
<b>Themenfeld</b>	Arbeit und Wirtschaft
<b>Name des Indikators</b>	Selbstständigenquote
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der Selbstständigen mit Migrationshintergrund geteilt durch Gesamtzahl der Selbstständigen
<b>Quelle/Amt</b>	Mikrozensus
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Berechnung aus Daten des Mikrozensus'
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Staatsangehörigkeit
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Mikrozensus-Daten müssen regional ausgewertet werden</li> <li>- nur kleine Grundgesamtheit im Mikrozensus für Frankfurt/Main</li> <li>- es lässt sich nur die Selbstständigenquote, nicht aber die Selbstständigenbeteiligungsquote (=kohortenspezifische Quote) errechnen, da die Bezugsgröße „Personen mit Migrationshintergrund“ im Mikrozensus und im Frankfurter Melderegister unterschiedlich definiert ist</li> </ul>

<b>Nummer des Indikators</b>	4.19.
<b>Themenfeld</b>	Arbeit und Wirtschaft
<b>Name des Indikators</b>	Gewerbeanmeldungs/-abmeldungsquote
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der Gewerbean- und -abmeldungen von deutschen/nicht-deutschen Gewerbetreibenden geteilt durch die Anzahl der Personen mit deutscher/nicht-deutscher Staatsangehörigkeit über 18 Jahre
<b>Quelle/Amt</b>	Kassen- und Steueramt; Bürgeramt, Statistik und Wahlen
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Berechnung aus Daten des Kassen- und Steueramtes/des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Staatsangehörigkeit
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	- Kleingewerbetreibende sowie ruhende Gewerbe werden nicht erfasst

<b>Nummer des Indikators</b>	4.20.
<b>Themenfeld</b>	Arbeit und Wirtschaft
<b>Name des Indikators</b>	Arbeitslosenquote
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der deutschen/nicht-deutschen arbeitslosen Personen geteilt durch die Anzahl der deutschen/nicht-deutschen Erwerbsbevölkerung (15-64 Jahre)
<b>Quelle/Amt</b>	Agentur für Arbeit, Frankfurt/Main; Bürgeramt, Statistik und Wahlen
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Berechnung aus Daten der Agentur für Arbeit, Frankfurt/Main/des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Staatsangehörigkeit
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	- die Bundesagentur wird in Zukunft das Merkmal Migrationshintergrund erheben, die gesetzliche Grundlage hierfür liegt vor

<b>Nummer des Indikators</b>	4.21.
<b>Themenfeld</b>	Arbeit und Wirtschaft
<b>Name des Indikators</b>	Jugendarbeitslosenquote
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der jugendlichen (16-25 Jahre) deutschen/nicht-deutschen arbeitslosen Personen geteilt durch die Anzahl der deutschen/nicht-deutschen Erwerbsbevölkerung dieser Altersgruppe
<b>Quelle/Amt</b>	Agentur für Arbeit, Frankfurt/Main; Bürgeramt, Statistik und Wahlen
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Berechnung aus Daten der Agentur für Arbeit, Frankfurt/Main/des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Staatsangehörigkeit
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	- die Bundesagentur wird in Zukunft das Merkmal Migrationshintergrund erheben, die gesetzliche Grundlage hierfür liegt vor

<b>Nummer des Indikators</b>	4.22.
<b>Themenfeld</b>	Arbeit und Wirtschaft
<b>Name des Indikators</b>	Arbeitslosenquote von Langzeitarbeitslosen
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der länger als ein Jahr arbeitslosen deutschen/nicht-deutschen Personen geteilt durch die Anzahl der deutschen/nicht-deutschen Erwerbsbevölkerung (16-64 Jahre)
<b>Quelle/Amt</b>	Agentur für Arbeit, Frankfurt/Main; Bürgeramt, Statistik und Wahlen
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Berechnung aus Daten der Agentur für Arbeit, Frankfurt/Main/des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Staatsangehörigkeit
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	- die Bundesagentur wird in Zukunft das Merkmal Migrationshintergrund erheben, die gesetzliche Grundlage hierfür liegt vor

## Themenfeld: Räumliche Verteilung und Wohnsituation

<b>Nummer des Indikators</b>	5.23.
<b>Themenfeld</b>	Räumliche Verteilung und Wohnsituation
<b>Name des Indikators</b>	Segregationsindex
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	kann direkt aus dem Wohnungsmarktbericht übernommen werden
<b>Quelle/Amt</b>	Wohnungsmarktberichte des Amtes für Wohnungswesen
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Übernahme aus Daten des Wohnungsmarktberichts des Amtes für Wohnungswesen
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Staatsangehörigkeit
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	- keine

<b>Nummer des Indikators</b>	5.24.
<b>Themenfeld</b>	Räumliche Verteilung und Wohnsituation
<b>Name des Indikators</b>	Vergabequote für öffentliche Mietwohnungen
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der Wohnungen Frankfurter Wohnungsgesellschaften, die jährlich neu an deutsche/nicht-deutsche Mieter (Haushaltsvorstand) vergeben werden, geteilt durch die Gesamtzahl der vergebenen Wohnungen
<b>Quelle/Amt</b>	Wohnungsbaugesellschaften (Deutsche Annington Süd-West GmbH, ABG Frankfurt Holding, GWH Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Hessen mbH, Wohnheim GmbH, Nassauische Heimstätte mbH)
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar nach Abfrage bei Wohnungsbaugesellschaften
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Staatsangehörigkeit
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- der Indikator weist nur Neubelegungen aus, es könnten auch die Bestandszahlen ermittelt und fortgeschrieben werden, wobei dann allerdings die Einbürgerung vormals ausländischer Mieter oftmals nicht berücksichtigt wird</li> <li>- die Erhebung erfolgt nach der Nationalität der Mietparteien, nicht nach Familien oder Familiengröße, sodass keine Rückschlüsse auf den zur Verfügung stehenden Wohnraum gezogen werden können</li> <li>- Staatsangehörigkeit wird außer bei GWH bei Wohnungsvergabe überall abgefragt; Daten können über Wohnungsgesellschaften abgefragt werden</li> <li>- Daten können nur schriftlich durch die Stadt bzw. das AMKA abgefragt werden</li> <li>- laut Auskunft erfasst die GWH Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Hessen mbH aus Datenschutzgründen die Staatsangehörigkeit der Mieter nicht</li> </ul>

## Themenfeld: Soziale Sicherung

<b>Nummer des Indikators</b>	6.25a.
<b>Themenfeld</b>	Soziale Sicherung
<b>Name des Indikators</b>	Bezugsquote von Leistungen nach SGB II (gesamt)
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der Personen mit deutscher/nicht-deutscher Staatsangehörigkeit, die Leistungen aufgrund von SGB II erhalten, geteilt durch die Gesamtzahl der Personen deutscher und nicht-deutscher Staatsangehörigkeit
<b>Quelle/Amt</b>	Agentur für Arbeit, Frankfurt/Main, Bürgeramt, Statistik und Wahlen
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Berechnung aus Daten der Agentur für Arbeit, Frankfurt/Main/des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Staatsangehörigkeit
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	- keine

<b>Nummer des Indikators</b>	6.25b.
<b>Themenfeld</b>	Soziale Sicherung
<b>Name des Indikators</b>	Bezugsquote von Leistungen nach SGB II (Personen unter 15 Jahren)
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der Personen unter 15 Jahren mit deutscher/nicht-deutscher Staatsangehörigkeit, die als Familienmitglieder Leistungen aufgrund von SGB II erhalten, geteilt durch die Gesamtzahl der Personen unter 15 Jahren deutscher/nicht-deutscher Staatsangehörigkeit
<b>Quelle/Amt</b>	Agentur für Arbeit, Frankfurt/Main, Bürgeramt, Statistik und Wahlen
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Berechnung aus Daten der Agentur für Arbeit, Frankfurt/Main/des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Staatsangehörigkeit
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	- keine

<b>Nummer des Indikators</b>	6.26a.
<b>Themenfeld</b>	Soziale Sicherung
<b>Name des Indikators</b>	Bezugsquote von Leistungen nach SGB XII (gesamt)
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der Personen mit deutscher/nicht-deutscher Staatsangehörigkeit, die Leistungen aufgrund von SGB XII (3. und 4. Kapitel) erhalten, geteilt durch die Gesamtzahl der Personen deutscher und nicht-deutscher Staatsangehörigkeit
<b>Quelle/Amt</b>	Agentur für Arbeit, Frankfurt/Main, Bürgeramt, Statistik und Wahlen
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Berechnung aus Daten der Agentur für Arbeit, Frankfurt/Main/des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Staatsangehörigkeit
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	- keine

<b>Nummer des Indikators</b>	6.26b.
<b>Themenfeld</b>	Soziale Sicherung
<b>Name des Indikators</b>	Bezugsquote von Leistungen nach SGB XII (Personen unter 15 Jahren)
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der Personen unter 15 Jahren mit deutscher/nicht-deutscher Staatsangehörigkeit, die als Familienmitglieder Leistungen aufgrund von SGB XII (3. und 4. Kapitel) erhalten, geteilt durch die Gesamtzahl der Personen unter 15 Jahren deutscher/nicht-deutscher Staatsangehörigkeit
<b>Quelle/Amt</b>	Agentur für Arbeit, Frankfurt/Main, Bürgeramt, Statistik und Wahlen
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Berechnung aus Daten der Agentur für Arbeit, Frankfurt/Main/des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Staatsangehörigkeit
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	- keine

<b>Numer des Indikators</b>	6.27.
<b>Themenfeld</b>	Soziale Sicherung
<b>Name des Indikators</b>	Quote der Bezieher von Leistungen aufgrund des Asylbewerberleistungsgesetz
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der Leistungsbezieher aufgrund des Asylbewerberleistungsgesetzes geteilt durch die Anzahl der Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit
<b>Quelle/Amt</b>	Ausländerbehörde
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Berechnung aus Daten der Ausländerbehörde
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Staatsangehörigkeit
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	- keine

## Themenfeld: Gesundheit

<b>Numer des Indikators</b>	7.28.
<b>Themenfeld</b>	Gesundheit
<b>Name des Indikators</b>	Quote der Inanspruchnahme der U8
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der Kinder mit deutscher/nicht-deutscher Staatsangehörigkeit, die zum Zeitpunkt der Einschulungsuntersuchung die U8 absolviert hatten geteilt durch die Anzahl aller untersuchten einzuschulenden Kinder
<b>Quelle/Amt</b>	Stadtgesundheitsamt (Bericht „Kindergesundheit in Frankfurt“)
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Berechnung aus Daten des Stadtgesundheitsamtes (Bericht „Kindergesundheit in Frankfurt“)
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Staatsangehörigkeit
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	<p>- die Daten können beim Stadtgesundheitsamt abgefragt werden: die Auswertung für die U8 findet sich im Bericht „Kindergesundheit in Frankfurt“ (S. 31), allerdings nicht aggregiert für alle Personen mit Migrationshintergrund, sondern nur für einzelne Gruppen und nicht als genaue absolute Zahlen in einer Tabelle, sondern als Säulendiagramm</p> <p>- für den vollständigen Bericht „Kindergesundheit in Frankfurt“ vgl. <a href="http://www.frankfurt.de/sixcms/media.php/738/Kindergesundheit%20in%20Frankfurt%202002-2006.pdf">http://www.frankfurt.de/sixcms/media.php/738/Kindergesundheit%20in%20Frankfurt%202002-2006.pdf</a></p> <p>- der Bericht folgt einer eigenen Definition von Migrationshintergrund: „Kind, das selbst zugewandert ist oder von welchem mindestens ein Elternteil nicht in Deutschland geboren [worden] ist. Darüber hinaus wird die zu Hause gesprochene Sprache als ein Indikator für einen Migrationshintergrund berücksichtigt.“ (S. 8)</p>

## Themenfeld: Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation

<b>Nummer des Indikators</b>	8.29.
<b>Themenfeld</b>	Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation
<b>Name des Indikators</b>	Quote der potentiell eingebürgerten Wahlberechtigten
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der Eingebürgerten über 18jährigen geteilt durch die Anzahl aller über 18jährigen deutschen Staatsangehörigen alternativ: Anzahl der deutschen Staatsangehörigen mit Migrationshintergrund über 18 Jahren geteilt durch die Anzahl aller über 18jährigen deutschen Staatsangehörigen
<b>Quelle/Amt</b>	Bürgeramt, Statistik und Wahlen
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Berechnung aus Daten des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Staatsangehörigkeit
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	- keine

<b>Nummer des Indikators</b>	8.30.
<b>Themenfeld</b>	Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation
<b>Name des Indikators</b>	Quote der potentiell wahlberechtigten EU-Bürger
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der über 18jährigen EU-Ausländer geteilt durch die Anzahl aller Wahlberechtigten zu den EU-Wahlen (Deutsche und EU-Bürger)
<b>Quelle/Amt</b>	Bürgeramt, Statistik und Wahlen
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Berechnung aus Daten des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Staatsangehörigkeit
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	- keine



<b>Nummer des Indikators</b>	8.31.
<b>Themenfeld</b>	Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation
<b>Name des Indikators</b>	Quote der Stadtverordneten mit Migrationshintergrund
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der Stadtverordneten mit und ohne Migrationshintergrund geteilt durch die Gesamtzahl der Stadtverordneten
<b>Quelle/Amt</b>	Hauptamt/Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Berechnung aus Daten des Hauptamts/Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Migrationshintergrund
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	- die Daten müssen durch das Hauptamt erhoben oder von den Abgeordneten abgefragt werden

<b>Nummer des Indikators</b>	8.32.
<b>Themenfeld</b>	Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation
<b>Name des Indikators</b>	Quote der Haupt- und ehrenamtlichen Magistratsmitglieder mit Migrationshintergrund
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der Haupt- und ehrenamtlichen Magistratsmitglieder mit und ohne Migrationshintergrund geteilt durch die Gesamtzahl der Magistratsmitglieder
<b>Quelle/Amt</b>	Hauptamt/Magistrat
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Berechnung aus Daten des Hauptamts/Magistrats
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Migrationshintergrund
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	- die Daten müssen durch das Hauptamt erhoben oder vom Magistrat abgefragt werden

<b>Nummer des Indikators</b>	8.33.
<b>Themenfeld</b>	Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation
<b>Name des Indikators</b>	Quote der Ortsbeiratsmitglieder mit Migrationshintergrund
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der Mitglieder mit und ohne Migrationshintergrund in den Ortsbeiräten geteilt durch die Gesamtzahl der Ortsbeiratsmitglieder
<b>Quelle/Amt</b>	Hauptamt/Ortsbeiräte
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Berechnung aus Daten des Hauptamtes/der Ortsbeiräte
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Migrationshintergrund
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	- die Daten müssen durch das Hauptamt erhoben oder vom Magistrat abgefragt werden

<b>Nummer des Indikators</b>	8.34.
<b>Themenfeld</b>	Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation
<b>Name des Indikators</b>	Quote der Schulelternbeiräte mit Migrationshintergrund
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der Mitglieder im schulischen Stadtelternbeirat mit und ohne Migrationshintergrund geteilt durch die Gesamtzahl der Mitglieder im Stadtelternbeirat
<b>Quelle/Amt</b>	Stadtelternbeirat (Umfrage)
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Berechnung aus Daten des Stadtelternbeirats
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Migrationshintergrund
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	- keine

### Themenfeld: Interkulturelle Öffnung und Vielfalt

<b>Nummer des Indikators</b>	9.35.
<b>Themenfeld</b>	Interkulturelle Öffnung und Vielfalt
<b>Name des Indikators</b>	Quote der Beschäftigten mit Migrationshintergrund bei der Stadtverwaltung/in städtischen Betrieben
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der städtischen Mitarbeiter/innen mit und ohne Migrationshintergrund geteilt durch die Gesamtzahl der Beschäftigten
<b>Quelle/Amt</b>	Personal- und Organisationsamt (POA)
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Berechnung aus Daten des Personal- und Organisationsamtes (POA)
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Migrationshintergrund
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	- das POA folgt bei der Erhebung der Daten einer eigenen (vom Mikrozensus abweichenden) Definition von „Migrationshintergrund“: Ausländer und im Ausland Geborene

<b>Nummer des Indikators</b>	9.36.
<b>Themenfeld</b>	Interkulturelle Öffnung und Vielfalt
<b>Name des Indikators</b>	Quote der Beschäftigten mit Migrationshintergrund beim Stadtschulamt und beim Jugend- und Sozialamt
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der Mitarbeiter/innen mit und ohne Migrationshintergrund beim Stadtschulamt bzw. Jugend- und Sozialamt geteilt durch die Gesamtzahl der Beschäftigten des jeweiligen Amtes
<b>Quelle/Amt</b>	Personal- und Organisationsamt (POA)
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Berechnung aus Daten des Personal- und Organisationsamtes (POA)
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Migrationshintergrund
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	- das POA folgt bei der Erhebung der Daten einer eigenen (vom Mikrozensus abweichenden) Definition von „Migrationshintergrund“: Ausländer und im Ausland Geborene - das Stadtschulamt und das Jugend- und Sozialamt sollten ausgewählt werden, da sie beide zu den großen Ämtern zählen und eine fast diametral entgegengesetzte Mitarbeiterstruktur mit Blick auf Personen mit Migrationshintergrund haben (Stadtschulamt: 23,7%; Jugend- und Sozialamt: 5,6%)

<b>Nummer des Indikators</b>	9.37.
<b>Themenfeld</b>	Interkulturelle Öffnung und Vielfalt
<b>Name des Indikators</b>	Quote der Auszubildenden mit Migrationshintergrund bei der Stadtverwaltung/in städtischen Betrieben
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der städtischen Auszubildenden mit und ohne Migrationshintergrund an der Gesamtzahl der Auszubildenden
<b>Quelle/Amt</b>	Personal- und Organisationsamt (POA)
<b>Verfügbarkeit</b>	verfügbar: Berechnung aus Daten des Personal- und Organisationsamtes (POA)
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Migrationshintergrund
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	- das POA folgt bei der Erhebung der Daten einer eigenen (vom Mikrozensus abweichenden) Definition von „Migrationshintergrund“: Ausländer und im Ausland Geborene

<b>Nummer des Indikators</b>	9.38.
<b>Themenfeld</b>	Interkulturelle Öffnung und Vielfalt
<b>Name des Indikators</b>	Quote der Erzieher/innen mit Migrationshintergrund in Kindertagesstätten
<b>Beschreibung und Berechnung des Indikators</b>	Anzahl der Erzieher/innen mit und ohne Migrationshintergrund an der Gesamtzahl der Erzieher/innen in Kindergärten
<b>Quelle/Amt</b>	Bislang gibt es keine zuverlässigen Daten: da aber jährlich im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfestatistik in allen Kindergärten Umfragen durchgeführt werden, könnte ev. (für Frankfurt) eine entsprechende Zusatzfrage in die Statistik aufgenommen werden oder eine parallele Befragung koordiniert werden
<b>Verfügbarkeit</b>	noch nicht verfügbar
<b>Art der Verfügbarkeit</b>	nach Migrationshintergrund
<b>Sonstige Anmerkungen</b>	- keine

## Hauptteil B: Grund- und Hintergrunddaten

Die Grund- und Hintergrunddaten liefern allgemeine sozialstatistische und Bevölkerungsinformationen zur Struktur der Frankfurter Bevölkerung. Dieser Bereich ist kein Themenfeld oder eigener Bereich, in dem Indikatoren gebildet werden. Er ist beschreibend-statistisch und bildet den Rahmen, in dem die Indikatoren zu interpretieren sind.

Nr.	Grunddaten	Amt/Quelle
1	Bevölkerung mit Migrationshintergrund (=nicht-deutsche Staatsangehörigkeit plus Migrationshinweis) und ohne Migrationshintergrund nach Alter und Geschlecht (Altersgruppen: 0 bis 5 Jahre; 6 bis 11, 12-17 Jahre; 18 bis 24, 25 bis 44, 45-64 Jahre, 65 plus)	Bürgeramt, Statistik und Wahlen
2	Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit, Alter und Geschlecht (Altersgruppen: 0 bis 5 Jahre; 6 bis 11, 12-17 Jahre; 18 bis 24, 25 bis 44, 45-64 Jahre, 65 plus)	Bürgeramt, Statistik und Wahlen
3	Bevölkerung mit Migrationshintergrund (=nicht-deutsche Staatsangehörigkeit plus Migrationshinweis) nach Staatsangehörigkeiten	Bürgeramt, Statistik und Wahlen
4	Bevölkerung mit Migrationshintergrund (=nicht-deutsche Staatsangehörigkeit plus Migrationshinweis) nach Geburtsland	Bürgeramt, Statistik und Wahlen
5	Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit nach Geburtsland	Bürgeramt, Statistik und Wahlen
6	Verteilung der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund (nicht-deutsche Staatsangehörigkeit plus Migrationshinweis) auf die einzelnen Stadtteile	Bürgeramt, Statistik und Wahlen
7	Verteilung der Bevölkerung mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit (gegebenenfalls nach einzelnen Staatsangehörigkeiten) auf die einzelnen Stadtteile	Bürgeramt, Statistik und Wahlen
10	Anzahl der eingebürgerten Personen in Frankfurt	Bürgeramt, Statistik und Wahlen
11	Jugend- und Altenquotient der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund (=nicht-deutsche Staatsangehörigkeit plus Migrationshinweis)	Bürgeramt, Statistik und Wahlen
12	Jugend- und Altenquotient der Bevölkerung	Bürgeramt, Statistik und Wahlen

	mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit (gegebenenfalls nach einzelnen Staatsangehörigkeiten)	
13	Natürliche Bevölkerungsbewegung (Anzahl der Geburten minus Anzahl der Sterbefälle) für Bevölkerung mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit (gegebenenfalls nach einzelnen Staatsangehörigkeiten)	Bürgeramt, Statistik und Wahlen
14	Räumliche Mobilität (Anzahl der Zugezogenen minus Anzahl der Fortgezogenen) für Bevölkerung mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit (gegebenenfalls nach einzelnen Staatsangehörigkeiten)	Bürgeramt, Statistik und Wahlen
15	Anzahl der Schüler/innen mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit nach Schularten (gegebenenfalls nach einzelnen Staatsangehörigkeiten)	Staatliches Schulamt
16*	Teilnehmer der Sprach- und Orientierungskurse des BAMF (nach Neuzuwanderern, Bestandsausländern und Staatsangehörigkeit)	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

\* regionalisierte Daten sind erst ab Mitte 2009 verfügbar

Die Daten sind bis auf Nr. 15 und 16 alle beim Bürgeramt, Statistik und Wahlen verfügbar. Die Daten für Nr. 15 und 16. liegen beim Staatlichen Schulamt bzw. beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vor.

## **Anlagen:**

Anlage 1: Liste der entfallenen Indikatoren/Vorschläge für weitere zukünftige Indikatoren

Anlage 2: Ämter und Personen, mit denen Gespräche geführt wurden

Anlage 3: Tagungsprogramm des Fachtags am 9. September 2008

### **Anlage 1: Liste der entfallenen Indikatoren/Vorschläge für weitere zukünftige Indikatoren**

Im Zuge der Entwicklung und der Diskussion des vorgelegten Konzepts wurden mehr als die hier aufgeführten 38 Indikatoren und 16 Hintergrunddaten entwickelt und geprüft. Verworfen wurden vor allem jene Indikatoren, für die es zurzeit noch keine hinreichenden oder verlässlichen Daten gibt. Dabei handelte es sich um die folgenden Bereiche:

1. Zwei- und Mehrsprachigkeit von Personen mit und ohne Migrationshintergrund
2. Erstklässler/innen mit und ohne Migrationshintergrund mit dreijährigem Kindergartenbesuch
3. Hochschullehrer/innen mit und ohne Migrationshintergrund an Fachhochschulen und der Universität
4. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit und ohne Migrationshintergrund nach Sektoren
5. Existenzdauer von Unternehmen, die von Personen mit oder ohne Migrationshintergrund gegründet und geführt werden
6. Eigentümer/Mieter mit und ohne Migrationshintergrund
7. Wohnungsgröße von Haushalten, die aus Personen mit/ohne Migrationshintergrund bestehen
8. Miete pro Quadratmeter für Wohnungen, die von Haushalten aus Personen mit/ohne Migrationshintergrund genutzt werden
9. Inanspruchnahme von medizinischen Präventionsangeboten (Impfungen, Vorsorgeuntersuchungen) durch Personen mit/ohne Migrationshintergrund

10. Aufstockerquote: Bezug von aufgestockten Sozialleistungen (Einkommen aus Arbeit plus Sozialtransfers)
11. Förderquote durch das Kulturamt
12. Nutzungsquote der Frankfurter Bürgerhäuser
13. Nutzung öffentlicher Bibliotheken durch Personen mit/ohne Migrationshintergrund
14. Nutzung von Angeboten der Musikschulen durch Personen mit/ohne Migrationshintergrund
15. Teilnahme an Maßnahmen interkultureller Qualifikation der Beschäftigten in der Stadtverwaltung
16. Zahl der Maßnahmen zur interkulturellen Qualifizierung im öffentlichen Dienst
17. Quote der Lehrer/innen in Frankfurter Schulen mit und ohne Migrationshintergrund



## **Anlage 2: Ämter und Institutionen, mit denen Informations-Gespräche geführt wurden**

1. Bürgeramt, Statistik und Wahlen (Stadt FFM)
2. Frauenreferat (Stadt FFM)
3. Freiwillige Feuerwehr (FFM)
4. Referat für Internationale Angelegenheiten (Stadt FFM)
5. Jugend- und Sozialamt (Stadt FFM)
6. Kassenärztliche Vereinigung
7. Kassen- und Steueramt (Stadt FFM)
8. Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (Stadt FFM)
9. Kulturamt (Stadt FFM)
10. Künstlersozialkasse
11. Musikschule (FFM)
12. Ordnungsamt (Stadt FFM)
13. Personal- und Organisationsamt (Stadt FFM)
14. Referat Datenschutz und IT – Sicherheit (Stadt FFM)
15. Stadtgruppe Frankfurt der Kleingärtner e.V.
16. Staatliches Schulamt (Land Hessen)
17. Stadtgesundheitsamt (Stadt FFM)
18. Stadtplanungsamt (Stadt FFM)
19. Stadtschulamt (Stadt FFM)
20. Stadtschulamt – Kindertagestätten, Krippen (Stadt FFM)
21. Statistisches Landesamt (Land Hessen)
22. Amt für Wohnungswesen (Stadt FFM)
23. Staatliches Schulamt für die Stadt Frankfurt am Main (Land Hessen)
24. Rhein-Main Jobcenter (FFM)

25. Polizeipräsidium Frankfurt am Main (FFM/Land Hessen)

26. Saalbau GmbH (FFM, städtische Gesellschaft)

27. Wohnungsbaugesellschaften: Deutsche Annington Süd-West GmbH, ABG Frankfurt Holding, GWH Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Hessen mbH, Wohnheim GmbH, Nassauische Heimstätte mbH

**Anlage 3: Tagungsprogramm des Fachtags „Entwicklung eines Integrations- und Diversitätsmonitorings für die Stadt Frankfurt am Main“ am 9. September 2008**

**Dienstag, den 09. September 2008 von 9.00 Uhr – 15.00 Uhr im Sitzungssaal „Haus Silberberg“ im Römer (Eingang: Bethmannstr. 3)**

- 9.00 – 9.20            **Begrüßung** durch die Dezernentin für Integration  
Frau Stadträtin Dr. Eskandari – Grünberg
- 9:20 – 10:40        **Was ist ein Integrationsmonitoring, was kann es leisten?  
Einführung und Beispiele**  
Referenten: Dr. Andreas Kapphan (Sozialwissenschaftler) und  
Dr. Ulrich Raiser (Sozialwissenschaftler)
- Anschließende Diskussion
- 10.40 – 11.00        Kaffeepause
- 11:00 – 12:00        **Migrationshintergrund, Datenverfügbarkeit und Datenquellen**  
Referenten: Dr. Andreas Kapphan und Dr. Ulrich Raiser
- Anschließende Diskussion
- 12:00 – 13.00        Mittagspause (Ein Imbiss wird bereitgestellt)
- 13:00 – 14:40        **Integrations- und Diversitätsmonitoring:  
das Frankfurter Modell**  
Referenten: Rainer Ohliger (sozialwissenschaftlicher Gutachter  
für das Amt für multikulturelle Angelegenheiten) und Wolfhard  
Dobroschke (Bürgeramt, Statistik und Wahlen der Stadt Frankfurt  
am Main)
- Anschließende Diskussion
- 14.40 – 15:00        **Ausblick**  
Helga Nagel (Leiterin des Amtes für multikulturelle Angelegen-  
heiten der Stadt Frankfurt am Main)

Die Tagung wird moderiert von Frau Anette Curth, INBAS GmbH, Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik









